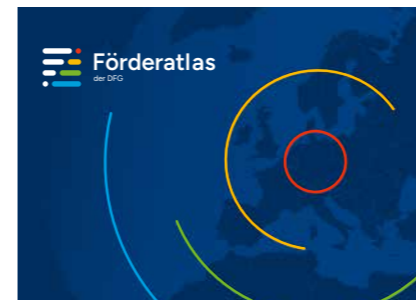
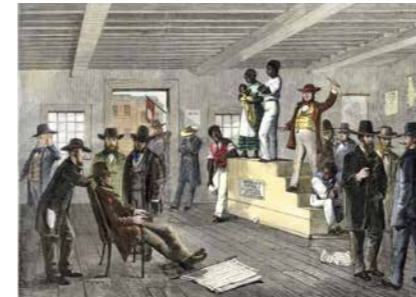




Titel: dpa/ZUMAPRESS

Trauern und innehalten im Kriegsalltag der Ukraine: Gedenken an die getöteten Soldat*innen und die zivilen Opfer auf dem Maidan in Kiew.



Geschichtspolitik und -propaganda Russlands: Im Krieg gegen die Zivilisation des Westens | Neujahrsrede der DFG-Präsidentin: Was die Wissenschaft jetzt braucht | Jubiläumsausgabe Förderatlas: Eine Welt in Zahlen | Satellitengestützte Erdbebenforschung: Bruchvorgänge neu im Blick | Leibniz-Preisträger*innen 2025

Editorial

Katja Becker

Was die Wissenschaft jetzt braucht

2

Die Neujahrsrede der DFG-Präsidentin – ein erster Blick auf die nächste Legislatur

Serie: Freiheit, Demokratie und ... Eigentumsordnung / Teil 4

Felix Krämer und Jürgen Martschukat

Im Land von Eigentum und (Un-)Freiheit

6

White Supremacy und Rassismus in der US-amerikanischen Geschichte

Im Blickpunkt: Förderatlas 2024

Eine Welt in Zahlen

12

Zum Erscheinen der zehnten Ausgabe: Wie der Förderatlas wurde, was er ist

Von ganz besonderer Aktualität

14

Vorstellung des Jubiläumsbandes im Zeichen politischer Gemengelage

Reicher Datenfundus, wertvoller Ideengeber, geschätzter Service

16

Stimmen aus Hochschulen, Ministerien und Wissenschaftsorganisationen

Naturwissenschaften

Henriette Sudhaus

Bruchvorgänge neu im Blick

18

Wie die Seismogeodäsie Impulse für die Erdbebenforschung setzt

Geistes- und Sozialwissenschaften

Martin Schulze Wessel

Im Krieg gegen die Zivilisation des Westens

24

Ideengeschichtliche Triebkräfte des russischen Überfalls auf die Ukraine

Querschnitt

Nachrichten und Berichte aus der DFG

30

Leibniz-Preisträger*innen 2025 +++ Clinician-Scientists-Symposium +++ Neuer Tätigkeitsbericht zu sicherheitsrelevanter Forschung +++ DFG weitet Engagement in Subsahara-Afrika aus +++ WISSENSWERTE 2024

Fragebogen „Auf den Punkt“

36

Beantwortet von DFG-Vizepräsidentin Kerstin Schill

Katja Becker

Was die Wissenschaft jetzt braucht

Zusammen mit rund 400 Gästen aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft ist die DFG Mitte Januar auf ihrem Neujahrsempfang in Berlin in das wissenschaftspolitische Jahr 2025 gestartet. Der traditionell erste Neujahrsempfang der Wissenschaftsszene stand dieses Mal nicht zuletzt im Zeichen der anstehenden Bundestagswahl und der kommenden Legislatur. Die *forschung* dokumentiert dazu die Neujahrsrede der DFG-Präsidentin.

Zwischen den Jahren wurde ich an ein Gedicht von Bertolt Brecht erinnert, das, wie ich finde, unsere aktuelle Situation ziemlich treffend beschreibt – obwohl es einst in einem völlig anderen Kontext verfasst wurde. Es lautet:

Der Radwechsel

*Ich sitze am Straßenhang
Der Fahrer wechselt das Rad
Ich bin nicht gern, wo ich herkomme,
Ich bin nicht gern, wo ich hinfahre
Warum sehe ich den Radwechsel
mit Ungeduld?*

Nun würden viele von uns gewiss sagen: Ein bisschen gern waren wir ja schon auch, wo wir waren, und werden das voraussichtlich auch in Zukunft dort sein, wo wir dann sein werden. Aber: Die Herausforderungen in den vergangenen Jahren waren schon immens. Die Leichtigkeit ist uns ein wenig verloren gegangen. Und der Blick in die Zukunft zeigt viel Ungewissheit.

Weshalb also sehen wir den Radwechsel – den Wechsel der Jahre, die Wechsel in der Politik, den Wechsel der globalen Machtverhältnisse – auch mit Ungeduld? Vielleicht entsteht die Ungeduld aus dem Gefühl, unfreiwillig innehalten zu müssen. Bestimmt aber ist sie eine produktive Unruhe, ein Lebenszeichen, ein Schaffensdrang, der uns Menschen zutiefst innewohnt. Und das ist eine gute Nachricht.

Leicht überarbeitete Version der Rede auf dem Neujahrsempfang der DFG am 13. Januar 2025 in Berlin.

Solch einen Tatendrang, etwas bewegen zu wollen inmitten all der Wechsel, erleben wir aktuell auch in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Und wir haben in unserem Land die Grundlagen und die Möglichkeiten, genau das zu tun. Wir wollen und wir können unseren Wissenschaftsstandort in der kommenden Legislatur intensiv weiterentwickeln.

Dabei gibt es vieles anzupacken. Wir wollen die Zusammenarbeit im Wissenschaftssystem, aber auch die mit Bund und Ländern, intensivieren. Ein interdisziplinäres, von der Wissenschaft breit legitimes Beratungsgremium der Regierung könnte dabei ein Element sein. Akademien und Allianz bringen sich hierbei gerne gemeinsam ein. Wir wollen Synergien nutzen und eines der besten Wissenschaftssysteme der Welt zusammen weiter voranbringen. Wir müssen jetzt die Weichen stellen, die die Wissenschaft und damit auch die Innovations- und Zukunftsfähigkeit unseres Landes brauchen.

Während der Coronavirus-Pandemie wurde weiten Teilen unserer Gesellschaft bewusst, welche enorme Beiträge Wissenschaft leisten kann. Dies müssen wir weiterhin aktiv kommunizieren, und dürfen die Bürger*innen nicht Desinformation und Verschwörungstheorien überlassen.

Wir haben uns daher im vergangenen Jahr gemeinsam mit der Hochschulrektorenkonferenz, der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften auf die Marktplätze von sechs deutschen Städten begeben, um unter dem Motto „Wissenschaft – und ich?!“ mit Bürger*innen über Wissenschaft zu sprechen. Den vielen dabei engagierten Forscher*innen und uns allen ist dort



Foto: DFG/David Ausserhofer

bewusst geworden, wie groß das Interesse der Menschen an Wissenschaft und Forschung ist und wieviel Wertschätzung uns als Wissenschaftler*innen entgegengebracht wird, wenn wir auf Augenhöhe kommunizieren. Natürlich sind dies Momentaufnahmen. Aber sie haben mir gezeigt, dass man die Klüfte in unserer Gesellschaft auch bei kontrovers diskutierten Themen wie dem Klimawandel oder dem Impfen im persönlichen Gespräch überwinden kann.

Hier ist die Wissenschaft gefragt, zuzuhören, zu erläutern und Brücken zu bauen. In diesem Sinne engagiert sich die DFG auch in vielen anderen Formaten aktiv für unsere demokratische und offene Gesellschaft, in der menschenverachtende Gesinnungen und Handlungen jeglicher Art und insbesondere Antisemitismus keinen Platz haben.

Jetzt, da unser Zusammenleben in Freiheit, Demokratie und Recht vermehrt Anfechtungen ausgesetzt ist, brauchen wir die verbindende Kraft der Wissenschaft mehr denn je. Diese Erkenntnis hat uns lange dazu bewegt, auch auf der Plattform X, vormals Twitter, aktiv zu sein. Angesichts der aktuellen Entwicklungen, die Sie alle verfolgt haben, hat die DFG nun entschieden, ihre Aktivitäten auf X einzustellen. Damit setzen wir ein klares Zeichen gegen die Verbreitung von Fake News, gegen die politische Instrumentalisierung von Social Media und Wissenschaft sowie gegen Angriffe auf unsere Demokratie und alle Werte, für die auch die DFG steht und für die wir uns seit Langem intensiv einsetzen. Ich habe mich sehr gefreut zu hören, dass auch die Leibniz-Gemeinschaft und

einige andere Mitglieder der Allianz der Wissenschaftsorganisationen diesen Schritt gehen werden.

Denn bei alledem dürfen wir nie vergessen: Damit die Wissenschaft ihrer vielfältigen Verantwortung gerecht werden kann, muss sie frei sein. Ohne unsere grundgesetzlich geschützte Wissenschaftsfreiheit würden ihr der notwendige Freiraum, die Inspiration und die Offenheit fehlen, unabhängig zu forschen und immer wieder neu und unkonventionell zu denken und zu handeln.

Für die DFG bedeutet das, erkenntnisgeleitete Forschung von höchster Qualität dort zu fördern, wo der Impuls und die Relevanz der Erkenntnissuche – das Thema und die Forschungsfrage – aus dem intrinsischen Interesse der Wissenschaftler*innen selbst kommen. Und die Kraft, die diese intrinsische Motivation entfaltet, ist immens.

Dieses Erkenntnisinteresse, unser Wissen aus unermüdlicher wissenschaftlicher Neugier und echter Begeisterung für die Forschung mit den entscheidenden Fragen voranzubringen, kann übrigens nur bedingt an eine künstliche Intelligenz delegiert werden. Auch wenn KI viele Forschungsprozesse massiv beschleunigen und unterstützen kann, wird man Wissenschaft mittelfristig nicht darauf reduzieren können, neue Entdeckungen oder Forschungsfragen aus bereits bestehenden Daten und Texten zu extrahieren oder zu extrapolieren. Einer solch möglichen Homogenisierung, wie wir sie in vielen Bereichen unserer Gesellschaft bereits beobachten,



Foto: DFG / David Ausserhofer

Der Leibniz-Saal in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften war auch dieses Mal Schauplatz des DFG-Neujahrsempfangs.

in der Wissenschaft entgegenzutreten, wird eine der Hauptaufgaben der kommenden Jahre sein.

Unser Ziel muss sein, weiter in unbekannte Erkenntnisdimensionen vorzudringen und das noch Ungedachte zu denken. Dafür braucht die Wissenschaft Orte der gelebten intellektuellen Vielfalt. Die Universitäten sind solche Orte. Sie geben in Forschung und Lehre den talentiertesten Köpfen Raum, ihrer intrinsischen Neugier zu folgen, sich auszutauschen und so die immense Initialkraft erkenntnisgeleiteter Spitzenforschung freizulegen.

Dazu stellen sie strategische Weichen und ergreifen Initiativen zur Zusammenarbeit, die oft auch außeruniversitäre Partner – Max-Planck-, Leibniz-, Helmholtz- oder Fraunhofer-Institute – mit einschließen. Diese Denk- und Begegnungsräume müssen wir auch in Zukunft offenhalten – als Orte, an denen wir gerne miteinander ins Gespräch kommen und selbst unterschiedlichste Perspektiven im Sinne der Forschung konstruktiv diskutieren.

Bund und Länder stärken die universitäre Spitzenforschung sehr bewusst und wohlüberlegt mit der Exzellenzstrategie. Dieses Flaggschiff deutscher Wissenschaftsförderung verknüpft das Prestige einer wissenschaftsgeleiteten Bestenauslese mit einer langfristigen Förderperspektive. Die Exzellenzstrategie hat bereits beachtliche Innovationen in Gang gesetzt und wirkt sich positiv auf die Profilbildung und Strategieprozesse der Universitäten sowie auf die Zusammenarbeit mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen aus. Sie trägt zudem zur dringend notwendigen Stärkung von Forschungsinfrastrukturen bei.

Zugleich ist ihre internationale Strahlkraft immens: Sie schafft hochattraktive Knotenpunkte der Forschung, die herausragende Köpfe aus aller Welt anziehen. Nicht ohne Grund stand und steht die Exzellenzstrategie daher in vielen Ländern Modell für vergleichbare Exzellenzprogramme. Wolfgang Wick, der Vorsitzende des Wissenschaftsrats, und ich halten sie daher auch für einen hervorragenden Impulsgeber für die Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsraums.

Damit das deutsche Wissenschaftssystem leistungs- und konkurrenzfähig bleibt, braucht es aber auch Stabilität und Planungssicherheit – und dies nicht nur, um mehrjährige Forschungsprojekte und wissenschaftliche Laufbahnen zu ermöglichen. Diese Stabilität bieten Bund und Länder aktuell über den Pakt für Forschung und Innovation.

Dieses Engagement der Zuwendungsgeber ist gerade heute nicht selbstverständlich und wird von der Wissenschaft mit größter Wertschätzung wahrgenommen. Es ist zugleich Ausdruck eines tief verwurzelten Verständnisses des Wertes von Wissenschaft und Forschung in unserem Land. Und es stellt einen enormen Standortvorteil des deutschen, engmaschig verwobenen Wissenschaftssystems dar – besonders in diesen stürmischen Zeiten.

Lassen Sie uns diese vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht nur fortsetzen, sondern intensivieren. Im Dialog miteinander können wir gemeinsame Potenziale heben, bürokratische Hürden nicht nur senken, sondern teilweise komplett über Bord werfen, und bestmögliche Bedingungen für den Wissenschaftsstandort Deutschland schaffen.

Forschungsfreundliche Rahmenbedingungen sind in der Tat essenziell, um weiterhin Spitzenleistungen erzielen zu können. Hierbei denken wir nicht nur, aber auch an die Schaffung von Rechtssicherheit für Forscher*innen und den Abbau von unnötigen bürokratischen Lasten mit Blick auf tierexperimentelle Forschung, auf gentechnische Anlagen oder auf neue Züchtungstechniken.

In Bezug auf den digitalen Wandel in der Wissenschaft braucht es zudem eine leistungsfähige KI-Infrastruktur und muss das Management von Forschungsdaten nachhaltiger gestaltet werden. Die Nationale Forschungsdateninfrastruktur (NFDI) und ihre Einbettung in die europäische Open-Science-Cloud bieten erstklassige Ansätze dafür. Deshalb müssen die mit der NFDI etablierten Strukturen konsolidiert und weiterentwickelt werden. Außerdem ist ein Forschungsdatengesetz dringend erforderlich, damit Wissenschaftler*innen auch Daten aus Ämtern und Behörden mit einbeziehen können – und damit wir in der nächsten Pandemie, die hoffentlich noch möglichst fern liegt, nicht erneut hauptsächlich auf Daten aus Großbritannien, Israel oder anderen Ländern zurückgreifen müssen.

Eine weitere wirkungsvolle Stellschraube liegt in der lang erwarteten Erhöhung und Verstetigung der Programmpauschale. Nur so können DFG-geförderte Projekte auch in Zukunft adäquat durchgeführt werden und im internationalen Vergleich reüssieren.

Kooperative Forschungsnetzwerke und verlässliche Perspektiven für flexible Karrierewege in Deutschland, aber auch EU-weit, komplettieren dieses Bild. Hierzu braucht es das Engagement und die Verantwortung aller Beteiligten – in Deutschland sowie Hand in Hand mit unseren europäischen Partner*innen.

Denn ein leistungsfähiger Europäischer Forschungsraum hat zwar ein immenses wissenschaftliches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Potenzial. Die Konzepte der neuen EU-Kommission für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen aber könnten zu einer grundlegenden Neuordnung dieses Forschungsraums führen.

Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen in der Allianz und in Science Europe setzt sich die DFG deshalb dafür ein, dass Forschung nicht mit anderen Politikbereichen unter einem Haushaltstitel für Wettbewerbsfähigkeit subsumiert wird. Vielmehr muss sie durch ein angemessenes, differenziertes und zweckgebundenes Budget gestärkt werden.

Die aktive Mitgestaltung dieser europäischen Prozesse durch Politik und Wissenschaft in unserem Land ist jetzt essenziell. Jetzt ist auch die Zeit für ein starkes europäi-

ches Signal für die Unabhängigkeit – ja: die Freiheit – der Forschung. Und zwar eines, das weltweite Strahlkraft entfaltet.

Auf dieses Signal kommt es jetzt mehr denn je an. Weil die Wissenschaft in vielen Kontexten eine Stimme der Vernunft darstellt und auch weil in der aktuellen Weltlage neben der Freiheit auch die Sicherheit der Forschung an Bedeutung gewinnt.

Aus Sicht der DFG ist verantwortungsvolles De-Risking das Mittel der Wahl, um eine ausgewogene Balance zwischen Wissenschaftsfreiheit und Sicherheitsinteressen zu erreichen durch die Forschungssicherheit in der Praxis gestärkt werden kann, ohne die Forschung als solche zu behindern – oder gar zu verhindern.

Eine solche Risikominimierung kann nur auf den bewährten, dezentralen Strukturen und Prozessen wissenschaftlicher Selbstverwaltung aufbauen. In Deutschland haben wir hierfür bereits eine Vielzahl wissenschaftsgeleiteter Strukturen, auf deren Erfahrung wir zurückgreifen können, so etwa den vor über zehn Jahren etablierten Gemeinsamen Ausschuss von DFG und Leopoldina zum Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung und die bundesweit über 150 Kommissionen für Ethik sicherheitsrelevanter Forschung. In Anlehnung an solche Unterstützungsstrukturen kann und muss die endgültige Entscheidung über eine internationale Kooperation von den jeweiligen Forschenden und ihren Einrichtungen selbst getroffen werden, denn sie sind die Expert*innen ihres Faches.

Für diese verantwortungsvolle, wissenschaftsgeleitete Risikominimierung internationaler Forschungszusammenarbeit braucht die Wissenschaft auch weiterhin das Vertrauen von Politik und Gesellschaft. Und: Vertrauen zu unseren Kooperationspartner*innen ist essenziell, um wissenschaftlich zusammenzuarbeiten, und es liegt im Kern unseres Menschenbildes und unseres Zusammenlebens. Wir dürfen uns daher auch unser Vertrauen ineinander nicht einfach nehmen lassen.

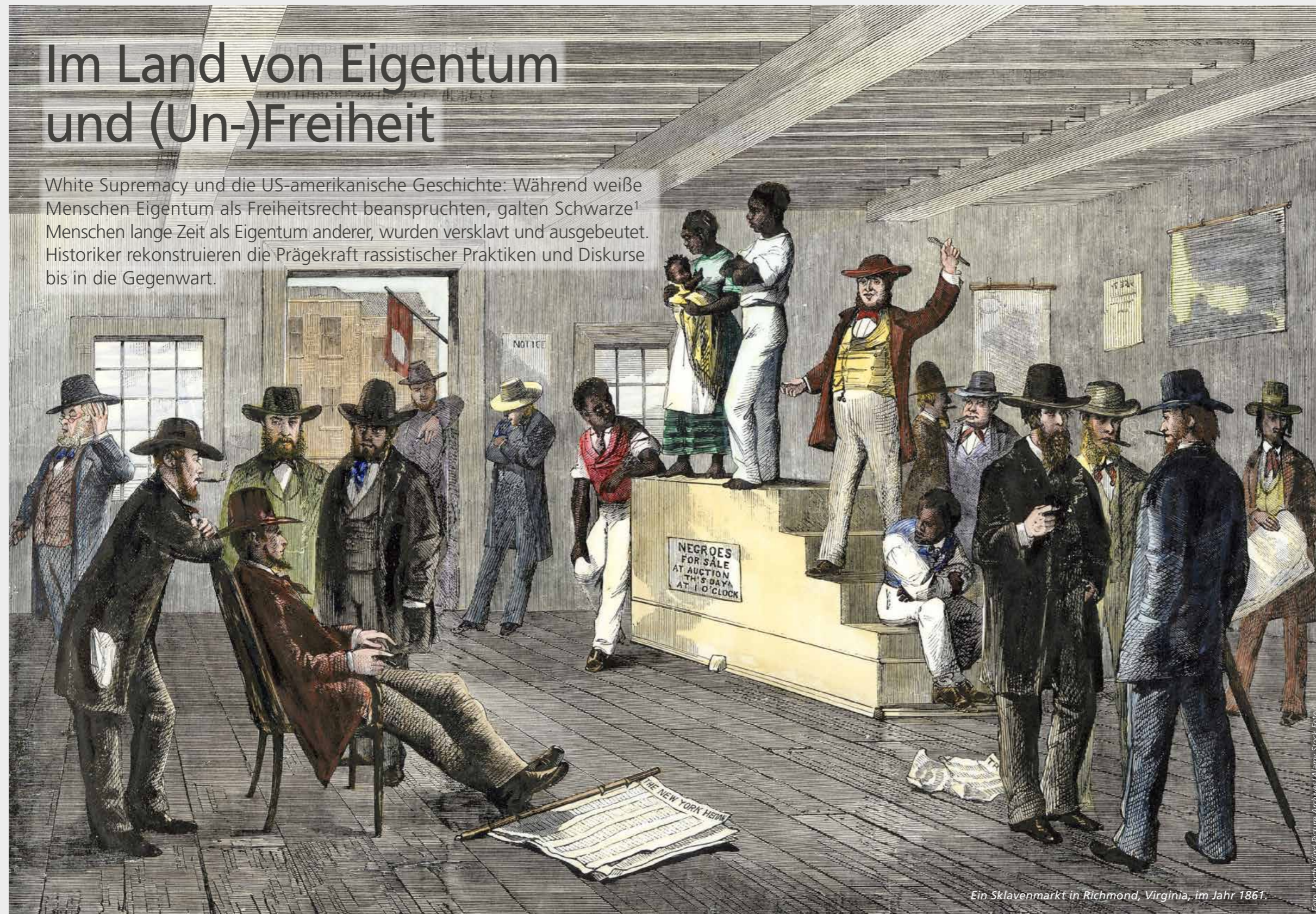
All dies gehört zu dem, was die Wissenschaft aus unserer Sicht jetzt braucht. Auch wenn sich die DFG dazu in den kommenden Wochen und Monaten noch in der einen oder anderen Form äußern wird, war und ist es uns ein Anliegen, damit auch in das noch neue Jahr zu starten.

Professorin Dr. Katja Becker
ist Präsidentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Felix Krämer und Jürgen Martschukat

Im Land von Eigentum und (Un-)Freiheit

White Supremacy und die US-amerikanische Geschichte: Während weiße Menschen Eigentum als Freiheitsrecht beanspruchten, galten Schwarze¹ Menschen lange Zeit als Eigentum anderer, wurden versklavt und ausgebeutet. Historiker rekonstruieren die Prägekraft rassistischer Praktiken und Diskurse bis in die Gegenwart.



Ein Sklavenmarkt in Richmond, Virginia, im Jahr 1861.

In den USA des 21. Jahrhunderts verfügt ein durchschnittlicher Schwarzer Haushalt nur über einen Bruchteil des Eigentums eines durchschnittlichen weißen Haushalts. Kein anderer Sachverhalt, so analysiert der Journalist und Essayist Ta-Nehisi Coates, bringe die lange Geschichte der Behandlung von Afroamerikaner*innen als „sub-citizens, sub-Americans, and sub-humans“ so auf den Punkt wie der „racial wealth gap“. Klar ist: Das Wohlstandsgefälle zwischen Schwarz und Weiß kann nur historisch verstanden werden. Denn unsere Gegenwart und ihre Eigentumsverhältnisse sind historisch geformt.

Dies konstatiert auch die „House Resolution 40“ (H.R. 40). Der seit 1989 jedes Jahr erneut in den US-Kongress eingebrachte Gesetzentwurf fordert, Reparationen für Nachkommen von Sklav*innen offiziell zu prüfen, um so ihrer bis heute anhaltenden Benachteiligung zu begegnen. Der Titel des Gesetzentwurfs verweist auf die 40 Acker Land (ca. 16 Hektar), die in der ersten Jahreshälfte 1865 befreiten Sklaven zugesagt und zehntausend Familien zunächst auch zugeteilt worden waren. Das vorgesehene Land stammte aus konfiszierten Großplantagen im Süden der Vereinigten Staaten und war über viele Jahrzehnte von versklavten Menschen bearbeitet worden.

Die Freiheit, die mit dem Ende der Versklavung kam, sollte also mehr bedeuten, als sich selbst zu besitzen. Doch das Versprechen auf Reparationen fiel nur wenige Wochen nach dem Ende des Bürgerkriegs

¹ Anm. d. Red.: Die Autoren schreiben Schwarz bewusst groß, um zu verdeutlichen, dass es sich nicht um eine reale Eigenschaft – hier: die Farbe der Haut –, sondern um ein konstruiertes Zuordnungsmuster, nämlich die gemeinsame Rassismuserfahrung, handelt.



Foto: Eduardo Montes-Bradley

Ein prominenter und streitbarer Kopf: Der Journalist Ta-Nehisi Coates, der gegen die fortbestehende Benachteiligung der afro-amerikanischen Bevölkerung in den USA anspricht.

der Amnestie für die Konföderierten und einer Wiederaufbaupolitik des Südens zum Opfer, die Eigentumsrechte weißer Pflanzer höher schätzte als ein Mindestmaß an Schwarzer Unabhängigkeit durch Landeigentum.

Zurück zu H.R. 40: Im Jahr 2021 konnte der Gesetzentwurf erstmals den Justizausschuss des Kongresses passieren. Der National-Book-Award-Träger Ta-Nehisi Coates, dessen Aufsatz „The Case for Reparations“ (2014) die Debatte befeuert hatte, betonte vor dem Justizausschuss, wie „unmöglich“ es sei, „sich Amerika ohne das Erbe der Sklaverei vorzustellen“. H.R. 40 scheiterte bei der Abstimmung im Repräsentantenhaus nur knapp. Fragen sozialer Gerechtigkeit und der sogenannten „race relations“ waren auf der politischen Agenda weiter nach vorn gerückt.

Dies war auch der Dynamik von Black Lives Matter und von Initiativen wie dem 1619-Projekt des New York Times Magazine zu verdanken. Dort forderte dessen Initiatorin Nikole Hannah-Jones, Pulitzer-Preisträgerin des Jahres 2020, die amerikanische Geschichte neu zu perspektivieren. Im etablierten historischen Narrativ, so Hannah-Jones, seien die USA das Land von Freiheit und Selbstregierung (und Eigentum, wie wir hinzufügen möchten), Grundsätze, die mit der Unabhängigkeitserklärung von 1776 zum Fundament politischer Ordnung geworden seien. Freiheit, Selbstregierung und Eigentum seien jedoch weiße Privilegien gewesen, während Versklavung und Unterdrückung als der natürliche Zustand Schwarzer Amerikaner*innen gegolten hätten. Auf deren Rücken seien die USA jedoch erbaut worden. 1619, also das Jahr, in dem die ersten Afrikaner*innen in die britische

Kolonie Virginia verschleppt wurden, sei deshalb für die US-amerikanische Geschichte mindestens so grundlegend wie 1776. Die inhärente Verbindung von rassistischer Ausbeutung und entstehender kapitalistischer Gesellschaftsordnung zeigen die Forschungen zum „Racial Capitalism“.

Gehen wir also ins Jahr 1619, um von dort aus der Geschichte verweigerter Freiheit und ihres Verhältnisses zu Eigentum nachzuspüren. Der gesellschaftliche Status der – wie es in den historischen Quellen heißt – „twenty and odd negroes“, die von der Besatzung eines niederländischen Schiffes in Virginia gegen Lebensmittel eingetauscht wurden, war zunächst unscharf. Der Anteil Schwarzer Menschen an der Bevölkerung Virginias blieb über Jahrzehnte niedrig, unter den Versklavten waren auch Indigene.

Der Status mancher afrikanischer Versklavter ähnelte eher dem

der „indentured servants“. Dies war die große Gruppe mittelloser europäischer Migrant*innen, die ihre Arbeitskraft für die Überfahrt in die Neue Welt verpfändeten und sich für einen befristeten Zeitraum in Leibeigenschaft begaben. Gelockt worden waren sie von dem amerikanischen Versprechen, dass jedem Menschen ein eigenes Stück Land zustehe.

Entscheidend für die Institutionalisierung einer rassistischen (Un-) Freiheits- und Eigentumsordnung waren dann die 1660er-Jahre. 1661 unterschied ein Gesetz in Virginia erstmals explizit zwischen weißer befristeter und Schwarzer lebenslanger Leibeigenschaft. 1662 legte ein weiteres Gesetz in Virginia fest, dass der Status der Versklavung über die Mutter an die Kinder weitergegeben wurde. Dies verankerte nicht nur die Körper Schwarzer Frauen im Kern einer Ordnung der Unfreiheit und Ausbeutung, sondern auch die sexuelle Gewalt. Schwarzen Hebammen kam in dieser Ordnung eine ambivalente Rolle zu. Sie halfen, neues Leben auf die Welt zu bringen, wirkten im spirituellen Zentrum der Schwarzen Communities und mehrten zugleich den Besitz weißer Versklaver.

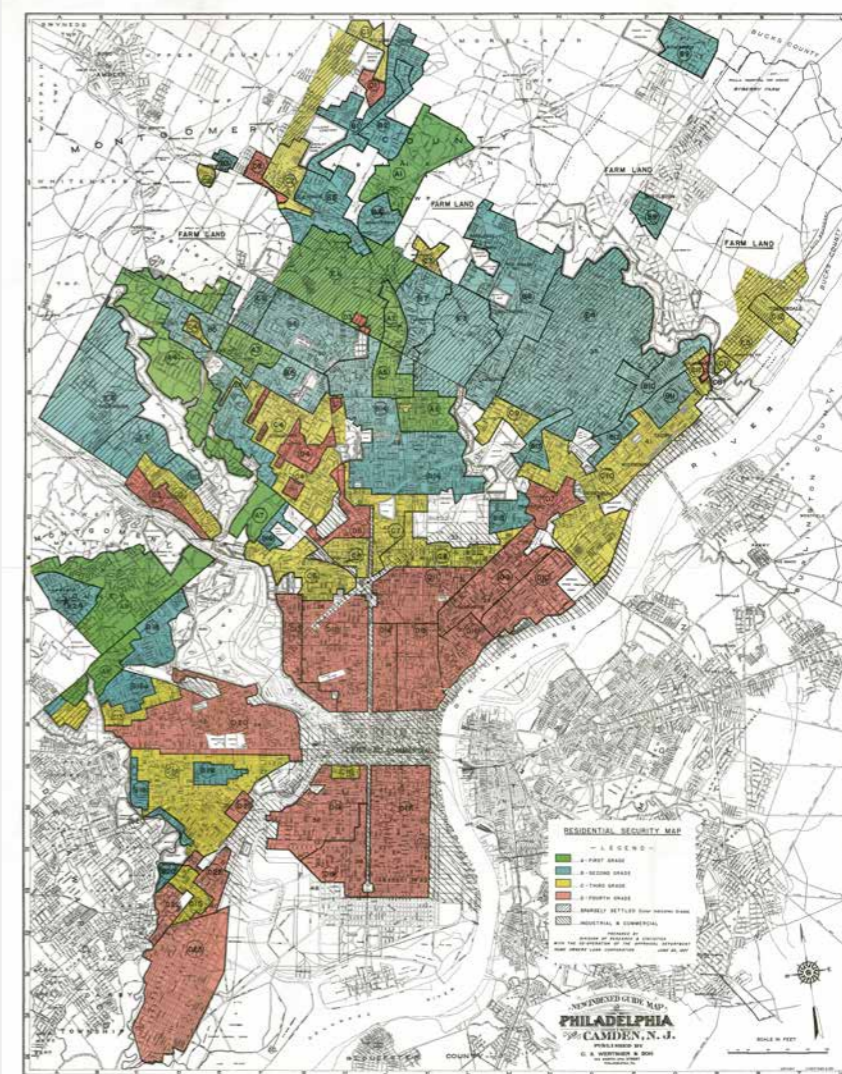
Ein weiteres Jahr später, 1663, entstand südlich von Virginia die Kolonie Carolina, deren Wirtschafts- und Gesellschaftssystem unmittelbar in der Sklaverei gründete. Ihre Verfassung von 1669 unterschied explizit zwischen weiß gedachten Freien auf der einen Seite, die absolute Macht und Autorität über „ihre“ Schwarzen Sklav*innen auf der anderen Seite haben sollten. Einer der Autoren des Verfassungstexts war der Philosoph und Staatstheoretiker John Locke (1632–1704), der in seinen späteren Schriften Freiheit und Grundeigentum („estate“) unmittelbar ineinander verschränkte und zu einem

menschlichen Grundrecht erhob. Locke sollte damit zum intellektuellen Paten der US-amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und Verfassung werden, die die Verschränkung von Freiheit und Eigentum in eine politische Ordnung gossen.

Der Blick ins 17. Jahrhundert zeigt, dass diese besitzindividualistische Ordnung von Freiheit und Eigentum von Anbeginn an rassistisch grundiert war. Zahlreiche

sogenannte „slave codes“ folgten den Gesetzen der 1660er-Jahre und schrieben die Institutionalisierung des Rassismus fort. Während weiße Menschen Eigentum als Freiheitsrecht beanspruchten, wurden Schwarze Menschen als das Eigentum anderer in diese Ordnung eingebunden. Sie konnten gekauft, verkauft, verschenkt, vererbt, verpfändet, beliehen und vieles andere mehr werden. Und als man im Zuge der Amerikanischen Revolution über die Kompatibilität

„Redlining“ auf einer Flurkarte Philadelphias von 1937: Wohnquartiere, in denen Afroamerikaner*innen lebten, wurden als „Risikogebiete“ für Stadtraumplanung und Immobilienwirtschaft gekennzeichnet.



Quelle: Wiki Commons

von Versklavung und freiheitlicher Ordnung diskutierte, betonten Fürsprecher der Sklaverei, dass Freiheit für sie bedeute, auch andere Menschen ihr Eigen nennen zu dürfen.

Nun könnte man erwarten oder zumindest erhoffen, dass mit dem Ende der Sklaverei auch die rassistische Eigentumsordnung endete. Wir wissen jedoch bereits, dass dem nicht so war. Ab 1865 konnten Schwarze Amerikaner*innen zwar keine Eigentumsobjekte mehr sein, aber sie wurden daran gehindert, Eigentumsobjekte zu werden. Wenn wir, ganz im US-amerikanischen Sinne, davon ausgehen, dass sich Freiheit in Eigentum manifestiert, dann war diese Freiheit Schwarzer Amerikaner*innen auch nach 1865 zumindest eingeschränkt.

Statt 40 Acker Land zu bekommen und Landeigentümer zu werden, wie zahlreiche weiße Siedler durch den „Homestead Act“ von 1862, arbeiteten die meisten ehemals Versklavten als „sharecropper“, also als zutiefst abhängige und verschuldete Pächter, weiterhin auf dem Land ihrer ehemaligen Eigentümer. Wer als Schwarzer Mensch im Land unterwegs war, lief Gefahr, inhaftiert und zu Zwangsarbeit verurteilt zu werden. Wenn Schwarze Amerikaner*innen nach mehr Glück und Wohlstand strebten, waren sie Terror, Enteignung und Kriminalisierung ausgesetzt.

Als Millionen von ihnen im frühen 20. Jahrhundert vor dem Horror des segregierten Südens in den Norden flohen, waren sie auch dort Ziel von Ausbeutung und Ausgrenzung. Zwischenhandel und „Redlining“ ge-

hörten zu den Praktiken, derer sich staatliche Stadtraumplanung und Immobilienbranche bedienten, um Schwarze Amerikaner*innen vom Hausbesitz auszuschließen und zugleich wirtschaftlich auszupressen. „Redlining“ bedeutete, dass Gebiete, die auf Flurkarten rot markiert waren, als finanzielle Risikogebiete galten. Kredite und Versicherungen waren dort teurer oder nicht verfügbar, staatliche Kreditabsicherungen (wie sie der New Deal der 1930er-Jahre für andere Gebiete einführte) gab es dort nicht. Dies betraf vor allem solche Stadtgebiete, in denen Afroamerikaner*innen lebten und sich gegebenenfalls Wohneigentum erarbeitet hatten.

Als nach dem Zweiten Weltkrieg die sogenannte GI Bill Veteranen in ihrer zivilen Ausbildung und beim

Kämpferin gegen Rassismus: Die US-amerikanische Journalistin Nikole Hannah-Jones, Initiatorin des 1619-Projekts des „New York Times Magazine“.



Foto: Alice Veigueiro



Foto: Dorothea Lange

Die ganze Familie wird eingespannt – harte, ausbeuterische Handarbeit auf einer Baumwollplantage in Alabama 1936.

Erwerb eines Eigenheims unterstützte, wurden Schwarze Veteranen in der Praxis ausgegrenzt. Die GI Bill gilt als Motor des Mittelstands und der Eigentumsbildung, die ein weiterhin weißes Privileg blieb, und dies trotz oder gerade wegen des sich anbahnenden Endes der Segregation.

Ab dem späten 20. Jahrhundert trat an die Stelle des Ausschlusses von Eigentumsbildung das, was die Historikerin Keeanga-Yamahtta Taylor „räuberische Inklusion“ nennt. Schwarzen Amerikaner*innen wurden abenteuerliche Kreditkonstruktionen zum Hauskauf geradezu aufgedrängt. Wohneigentum bedeutete für sie alles andere als das Ende von prekären Lebensverhältnissen. Die heute bestehende Wohlstandsschere zwischen Schwarz und Weiß ist mindestens so sehr auf die Politiken des 20. und 21. Jahrhunderts zurückzuführen wie auf die Sklaverei.

Schließen wir mit H.R. 40: Der „racial wealth gap“ und die Forde-

rung von Reparationen zeigen einerseits die bis heute anhaltende Wucht der Ausbeutung und Ausplünderung Schwarzer Amerikaner*innen. Zugleich verweist H.R. 40 auf die Tatsache, dass diese schon immer gegen die Ausgrenzung vom Freiheitsversprechen angekämpft haben: Als Versklavte haben sie das Arbeitstempo verschleppt, sind geflohen oder haben versucht, sich und ihre Angehörigen freizukaufen. Im Zeitalter der Segregation haben sie gegen alle

Widerstände Land erworben oder Geschäfte gegründet. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich eine Schwarze Mittelklasse herausgebildet. Trotz allem besteht der eklatante „racial wealth gap“ weiterhin, der natürlich nicht allein durch Reparationen geschlossen werden kann. Reparationen würden jedoch eine Anerkennung der Geschichte verweigerter Freiheit und Enteignung bedeuten, die mit dem Ende der Sklaverei alles andere als beendet war.



Privatdozent Dr. Felix Krämer (links) und Professor Dr. Jürgen Martschukat arbeiten an der Universität Erfurt in der Nordamerikanischen Geschichte. Gemeinsam leiten sie das Teilprojekt „Eigentum am eigenen und am anderen Körper in den USA vom 18. bis zum 20. Jahrhundert“ im Rahmen des SFB 294 „Strukturwandel des Eigentums“.

Adresse: Historisches Seminar der Universität Erfurt, Postfach 900 221, 99105 Erfurt

DFG-Förderung im Rahmen des SFB 294 „Strukturwandel des Eigentums“.

<https://sfb294-eigentum.de/de/teilprojekte/eigentum-am-eigenen-und-am-anderen-koerper-den-usa-vom-18-bis-zum-20-jahrhundert/>
#projektbeteiligte



Deutsche
Forschungsgemeinschaft

Bewilligungen
nach Hochschulen

Bewilligungsvolumen 1991 bis 1995
Anzahl kooperativer Projekte
im Jahr 1996



Deutsche
Forschungsgemeinschaft
Förderatlas 2024
Kennzahlen zur öffentlich finanzierten
Forschung in Deutschland



Cover: DFG

Vom Ur-Förderatlas zur Jubiläumsausgabe: Titelseiten der Erstveröffentlichung von 1997 und des zehnten Berichtsbandes von 2024.

Eine Welt in Zahlen

Nirgendwo sonst gibt es so detaillierte Einblicke in die öffentliche Finanzierung der Forschung in Deutschland wie im Förderatlas der DFG. Jetzt ist die zehnte Ausgabe erschienen.

Die Anfänge liegen geraume Zeit zurück, und sie erzählen einiges von einer Einrichtung – in diesem Fall der DFG –, die ein von Mitgliedern getragener Verein ist, in dem sich ein nicht unbedeutendes Segment eines Landes – in diesem Fall die Wissenschaft – selbst organisiert.

Im Jahr 1997 wandten sich einige der Mitgliedseinrichtungen der DFG, nämlich eine Reihe großer und forschungsstarker Universitäten, an ihren Verein und baten um Auskunft,

wie viele Fördermittel sie eigentlich von der DFG erhalten hätten und erhielten.

Das konnte die Geschäftsstelle der DFG den Auskunftsinteressierten bereits zu diesem Zeitpunkt ziemlich genau sagen und trug dazu noch einige weitere Zahlen zusammen, die sie in Tabellen und Schaubildern visualisierte – und so erschien noch im selben Jahr das, was man rückblickend als den Ur-Förderatlas bezeichnen könnte.

Diese erste Publikation präsentierte sich noch sehr schlicht, fast im Stile grauer Literatur, sie trug zudem den sperrigen Titel „Bewilligungen nach Hochschulen – Bewilligungsvolumen 1991 bis 1995, Anzahl kooperativer Projekte im Jahr 1996“ und richtete sich vor allem an die auskunftssuchenden Hochschulen.

Und doch fand auch dieser erste Bericht sogleich Anklang und das auch bereits über den eher engen Kreis seiner Adressaten hinaus – er

Rechts oben: Als die DFG erstmals Zahlen zur öffentlichen Finanzierung der deutschen Hochschulen veröffentlichte, war das Interesse an Uni-Rankings in Medien und Öffentlichkeit groß. Mitte: Die Rangliste der 40 bewilligungsstärksten Hochschulen erfreute sich von Beginn an besonderer Aufmerksamkeit. Im Bild die neueste Tabelle. Unten: Aufwändige Visualisierungen wie hier zur regionalen Verteilung von DFG-Bewilligungen sind längst ein weiteres Markenzeichen des Förderatlas.

schien er doch in einer Zeit, in der einerseits Hochschul-Rankings gerade en vogue waren und Magazine wie der Spiegel oder der Stern große und verkauftsträchtige Titelgeschichten und Sonderausgaben wie „Welche Uni ist die beste?“ veröffentlichten, während andererseits die amtliche Hochschulstatistik noch so gut wie keine belastbaren Zahlen zu den über die staatliche Grundfinanzierung hinausgehenden Drittmittelnahmen der Hochschulen erhoben hatte.

So war schnell klar, dass es nicht bei der einmaligen Veröffentlichung bleiben konnte. Und nachdem die DFG-Geschäftsstelle und ihr Informationsmanagement den richtigen Rhythmus zur Datenerhebung und -aufbereitung gefunden hatten, erschien fortan alle drei Jahre ein neuer Berichtsband – zunächst unter dem Titel „Förder-Ranking“, dann als „DFG-Förderatlas“ und schließlich schlicht und einfach als „Förderatlas“.

Das Anliegen war dabei aus DFG-Sicht stets dasselbe und ein doppeltes: Die zusammengetragenen Zahlen sollten die Welt der öffentlich finanzierten Forschung in Deutschland abbilden – und damit zugleich zentrale hochschul- und wissenschaftspolitische Fragen beleuchten.

Die Themen wurden dabei kontinuierlich erweitert. Stand zunächst der „Wettbewerb“ ganz allgemein im Mittelpunkt, ging es nach und nach



Cover: DER SPIEGEL

Table 4-1: Die Hochschulen mit den höchsten DFG-Bewilligungen für 2020 bis 2022 insgesamt und in den verschiedenen Wissenschaftsbereichen. The table lists various universities and their funding amounts in different scientific fields.

1) Einzelwerte der Hochschulen erfordern Bewilligungen der Universitätsräte der Landesministerien oder der Hochschulräte. 2) Einzelbewilligungen der Universitätsräte sind in der Tabelle nicht enthalten. 3) Einzelwerte der Hochschulen sind in der Tabelle nicht enthalten. 4) Einzelwerte der Hochschulen sind in der Tabelle nicht enthalten.

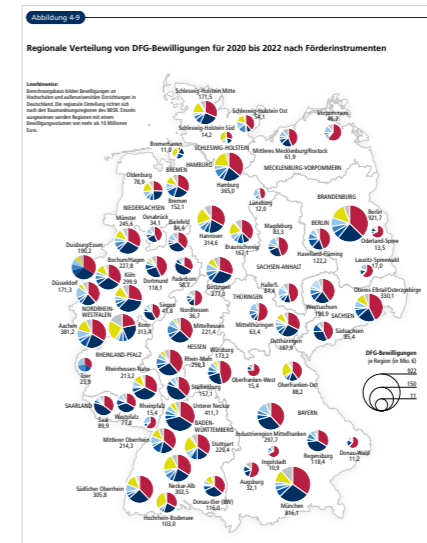


Tabelle: DFG

Grafik: DFG

auch um die damit verbundene „Profilbildung“, um „regionale und nationale Kooperationen und Netzwerke“ und um die „Internationalisierung von Hochschulen“. Besondere Themenschwerpunkte wie zur Exzellenzinitiative oder zu 30 Jahren Wiedervereinigung kamen hinzu.

Ganz erheblich erweitert wurde von Mal zu Mal auch die Datengrundlage. Was mit den DFG-eigenen Zahlen begann, bezog zunächst immer mehr Daten anderer großer öffentlicher Forschungsförderer in Deutschland und schließlich auch die auf europäischer Ebene mit ein. Mit mehreren zehntausend Daten wurde der Förderatlas so zum umfassendsten Kompendium seiner Art. Besonders kennzeichnend dabei: Alle Daten wurden von Beginn an bei den jeweiligen Förderinstitutionen erhoben und nicht bei den geförderten Einrichtungen; anders als bei anderen Rankings müssen Hochschulen und Forschungsinstitute für den Förderatlas keine aufwändigen und ressourcenbindenden Erhebungen vornehmen.

All dies machte den Förderatlas für die Hochschulen und anderen öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen rasch zu einem zentralen Planungsinstrument bei allen Fragen ihrer Forschungsaktivitäten. Aber auch für die Wissenschaftspolitik und -verwaltung wurde das Kennzahlenwerk zu einer Informationsquelle und Entscheidungshilfe von ganz erheblichem Wert (siehe S. 16–17).

Nun ist mit dem „Förderatlas 2024“ die zehnte Ausgabe des Zahlenwerks erschienen und Ende November – unter besonderen Rahmenbedingungen – in Berlin vorgestellt worden (siehe Beitrag folgende Doppelseite). Ausgehend von der ersten Datenerhebung für die Jahre 1991 bis 1995 kann der Förderatlas damit auf eine mehr als 30-jährige Entwicklung

zurückblicken. Dies macht sich auch die Jubiläumsausgabe zunutze, die einzelne wissenschaftspolitische Fragestellungen über längere Zeiträume hinweg betrachtet – und damit auch zu aktuellen Debatten wie der zum überhitzten Wettbewerb in der Forschung beiträgt, indem sie zeigt, dass

von einer immer stärkeren Drittmittelkonzentration auf wenige Universitäten und von einem Verdrängungswettbewerb nicht die Rede sein kann.

Zweiter thematischer Schwerpunkt der neuen Ausgabe ist die Internationalisierung der deutschen Forschung. Hier zeigt sich einerseits,

wie attraktiv der Forschungsstandort Deutschland ist – und andererseits, wie sehr internationale Forschungs Kooperationen inzwischen von Krieg, Krisen und anderen globalen Herausforderungen beeinträchtigt werden.

Grundlegend überarbeitet wurde zum Jubiläum der Online-Auftritt

des Förderatlas, der bereits seit einer Reihe von Jahren einen eigenen und noch detaillierteren Zugang zum Datenfundus bietet. Detaildarstellungen und Kennzahlen für einzelne Einrichtungen sind nun noch individueller auffindbar. Alle Tabellen und Abbildungen

sind zudem interaktiv gestaltet und können dadurch noch passgenauer von den verschiedenen Zielgruppen eingesetzt werden.

Wie alle Ausgaben seit 2003 ist auch der neue Förderatlas mit finanzieller Unterstützung des Stifterverbandes für die Wissenschaft (SV)

entstanden. Eine englischsprachige Zusammenfassung soll in der ersten Jahreshälfte 2025 erscheinen. Für das Informationsmanagement in der DFG-Geschäftsstelle werden dann bereits die Arbeiten am „Förderatlas 2027“ begonnen haben. **fine**

www.dfg.de/foerderatlas

Dass der Förderatlas der DFG schon immer etwas Besonderes war, das konnte man auch bereits vor diesem 24. November mit Fug und Recht sagen. Und ebenso war bereits im Vorfeld klar, dass der neue Förderatlas, den die DFG an diesem Tag gemeinsam mit der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und dem Stifterverband für die Wissenschaft (SV) vorstellte, noch einmal hervorstechen würde, handelt es sich doch um die zehnte und damit eine Jubiläumsausgabe. Und dass die darin versammelten Kennzahlen zur öffentlich finanzierten Forschung in Deutschland auch von politischem Interesse sein würden, das war, durch frühere Ausgaben genährt, regelrecht Erwartungshaltung bei den diversen Zielgruppen des Kompendiums, angefangen bei den Hochschulen und anderen Akteuren des Wissenschaftssystems über die Wissenschaftspolitik und -verwaltung bis zu den Medien und der interessierten Öffentlichkeit.

Die politischen Ereignisse der vorangehenden Tage machten all dieses Besondere dann allerdings noch etwas besonderer. Vor allem das Ampel-Aus und die anberaumten Neuwahlen auf Bundeseite, aber auch hochschul- und wissenschaftspolitische Kürzungspläne in mehreren Ländern tauchten die Vorstellung des „Förderatlas 2024“ und die wichtigsten Schlussfolge-

Ampel-Aus im Bund, Sparpläne in Ländern: Die Vorstellung des neuen Förderatlas stand im Zeichen der politischen Gemengelage

runge aus dem enormen Zahlenfundus nicht nur in ein noch aktuelleres, sondern sogar auch nach vorne gerichtetes Licht.

Das zeigte sich dann an Ort und Stelle im Berliner WissenschaftsForum schon auf der obersten Betrachtungsebene, bei der Gesamtentwicklung der Hochschulfinanzierung und dem Verhältnis zwischen den wichtigsten Finanzierungsarten, den laufenden staatlichen Grundmitteln und den Drittmitteln, die die Hochschulen im Wettbewerb sowie projektförmig und befristet einwerben.

Für beide Finanzierungsarten konnte DFG-Präsidentin Katja Becker für 2022, dem Berichtsjahr des neuen Förderatlas, gegenüber dem Berichtsjahr 2019 des vorherigen Förderatlas einen Zuwachs konstatieren: um drei Milliarden Euro oder 12,9 Prozent auf 26,7 Milliarden Euro bei den Grundmitteln und um 1,7 Milliarden Euro oder sogar 19,1 Prozent auf 10,4 Milliarden Euro bei den Drittmitteln.

Das sei durchaus ein Anstieg, erreiche aber nicht aus, um die erheblichen und weiter wachsenden Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Hochschulen im inter-



Reges Interesse: Präsentation des Förderatlas 2024 im WissenschaftsForum Berlin.

nationalen Wettbewerb zu erfüllen und zusätzliche Belastungen wie die zuletzt hohen Tarifsteigerungen abzufedern, kommentierte Becker und schloss dabei auch den jährlichen Aufwuchs von 3 Prozent bei der DFG und anderen großen Wissenschaftsorganisationen durch den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) mit ein.

Problematisch, so Becker weiter, sei zudem, dass die Drittmittelfinanzierung der Hochschulen nach fast zehn Jahren erstmals wieder deutlicher angestiegen sei als die durch Grundmittel und sich die soge-

nannte Drittmittelquote so von 26,9 auf 28 Prozent erhöht hat. Natürlich seien Drittmittel für die Hochschulen als zusätzliche Finanzierungsquelle und vor allem für ihre Profilbildung auf lokaler, regionaler, nationaler und auch internationaler Ebene von großer Bedeutung, unterstrich Becker. Für ihre Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit und auch für die Entwicklung von Wissenschaft und Forschung insgesamt seien die Hochschulen aber in hohem Maße auf eine auskömmliche Grundfinanzierung angewiesen. Eine Feststellung, der sich auch Anja Steinbeck,

als Vizepräsidentin und Sprecherin der Mitgliedergruppe der Universitäten für die HRK bei der Vorstellung dabei, nur anschließen konnte.

Ebenso problematisch aus Sicht der DFG dann die Verschiebungen, die der neue Förderatlas auch bei den Drittmittelgebern zeigt: Hier hat der Bund seine Drittmittelaktivitäten weiter deutlich erhöht, was auch erheblich zum Anstieg der Drittmittelquote insgesamt beitrug. Mit einem Anteil von 31,4 Prozent war der Bund so 2022 erstmals der größte Drittmittelgeber, 2019 waren 29 Prozent von ihm gekommen. Der Anteil der DFG lag 2022 bei 30,3 Prozent, drei Jahre zuvor waren es 31,5 Prozent gewesen. Diese Entwicklung aufseiten des Bundes müsse genau beobachtet werden, wie sich nicht zuletzt im Lichte der aktuellen politischen Situation zeige, kommentierte die DFG-Präsidentin.

Ohne unmittelbaren Bezug dazu und auf Nachfrage wurde es später dann noch etwas grundsätzlicher: Ganz offenbar nehme das Bedürfnis nach politischer Steuerung zu, so Becker; da könne die DFG nur umso mehr auf den Wert ihrer erkenntnisgeleiteten Verfahren verweisen.

Schließlich ein Schlaglicht auf die schwierige ökonomische Ge-

samtverfassung des Landes, als der erneut deutlich gesunkene Anteil der Wirtschaft an der Finanzierung der Hochschulen zur Sprache kam. Er betrug laut neuem Förderatlas 2022 nur noch 14,7 Prozent; 2019 hatten die Hochschulen noch 17,4 Prozent aus der Wirtschaft erhalten, 2006 sogar mehr als 26 Prozent. Dies sei eine mehr als bedenkliche Entwicklung, unterstrich Becker, denn Wissenschaft und Wirtschaft müssten und könnten starke Partner für Wachstum, Wohlstand und Zukunftsfähigkeit sein.

Das sah SV-Generalsekretär Volker Meyer-Guckel genauso, der neben Strukturdefiziten und einer weiter zunehmenden Verlagerung von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten der Wirtschaft ins Ausland auch einen überbordenden investitionshemmenden Bürokratismus ausmachte, worin ihm aus Wissenschaftssicht Becker ausdrücklich beipflichtete.

Natürlich ging es an diesem Vormittag auch um anderes, um die Internationalität der deutschen Forschung etwa oder um die traditionellen Ranglisten der bewilligungsstärksten Hochschulen. Dass sie – und selbst das eigentliche Jubiläum des Förderatlas – jedoch eher in den Hintergrund traten, mochte bei so viel zusätzlicher politischer Aktualität nicht verwundern. **fine**

www.dfg.de/pm/2024_48

Foto: DFG/Svenja Rongge

Reicher Datenfundus, wertvoller Ideen geber, geschätzter Service

Wie wird der Förderatlas an Hochschulen, in Ministerien und Wissenschaftsorganisationen eingesetzt und welche Bedeutung hat er für deren Arbeit? Die forschung hat Stimmen gesammelt.

„Für mich ist der Förderatlas aus der evidenzbasierten Beratung und Gestaltung der Wissenschaftspolitik nicht wegzudenken. Als Bund müssen wir das gesamte Wissenschaftssystem im Blick halten, und viele aktuelle Fragen bedürfen einer guten Datengrundlage: Ist der Wettbewerb in der Forschungsfinanzierung wirklich überhitzt? Ist das Verhältnis von Drittmitteln zur Grundfinanzierung angemessen? Wie können Hochschulen und Forschungseinrichtungen international in der Spitze wettbewerbsfähig bleiben? Um solchen Fragen nachzugehen, werden wir auch den neuen ‚Förderatlas 2024‘ intensiv nutzen.“

Ralf Maier, Leiter des Referats „Hochschulrecht, Exzellenzstrategie, DFG“ im Bundesministerium für Bildung und Forschung



Foto: Axel König

„Der Förderatlas hat sich zu einem Standardwerk für Kennzahlen zur öffentlich finanzierten Forschung in Deutschland entwickelt – ein reicher und qualitätsgesicherter Datenfundus, der inzwischen auch Langzeitbetrachtungen ermöglicht und die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften berücksichtigt. Er dokumentiert die strukturbildende Rolle der DFG und ihrer Förderformate im nationalen und europäischen Maßstab. Zudem setzt er Maßstäbe bei der Visualisierung komplexer und vernetzter Daten.“

Dr. Johannes Eberle, Leiter der Abteilung „Forschung, Wissenschaftssystem“ im Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst

„Als präzise Kompassnadel und profundes Kompendium ermöglicht der Förderatlas, unterschiedliche Schwerpunkte zwischen den verschiedenen Einrichtungen zu ermitteln und damit deren jeweilige Profilierung voranzubringen. Die Datenquellen und die Methodik sind transparent, selbst andere Fördergeber sind im Förderatlas abgebildet. Die Auswertungen sind differenziert, oftmals bis auf Fachebene abrufbar – und sämtliche Daten stehen für die Hochschulen vollumfänglich zur digitalen Weiterverarbeitung bereit.“

Professorin Dr. Kerstin Krieglstein, Rektorin der Universität Freiburg



Foto: Sandra Meyndt

„Der Förderatlas ist weit mehr als ein unerschöpfliches Zahlenwerk. Er schafft Transparenz über das Förderhandeln der DFG und spiegelt in der Breite seiner Analysen eine ganze Reihe der Grundprämissen unseres Wissenschaftssystems: von einem klaren Bekenntnis zur erkenntnisgeleiteten, themenoffenen Grundlagenforschung über rein wissenschaftsgeleitete Förderentscheidungen durch die Wissenschaft selbst bis hin zur Fokussierung auf wissenschaftliche Exzellenz als Entscheidungskriterium.“

Professor Dr. Georg Krausch, Präsident der Universität Mainz und Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)



Foto: M. Zalevskij/Berlin University Alliance

„Der Förderatlas ist ungemein hilfreich, wenn es darum geht, das vielgestaltige und dynamische Forschungsgeschehen in Deutschland aus der Perspektive öffentlicher Drittmittelförderung sichtbar zu machen. So haben wir bereits im Begutachtungsverfahren der Exzellenzstrategie Grafiken aus dem damals frischen Förderatlas 2018 verwendet, um unter anderem die Vernetzung der vier Akteure der Berlin University Alliance, also der FU, HU, TU und Charité, zu demonstrieren. Insofern zeigt der Förderatlas nicht nur Leistung, sondern auch Potenziale.“

Professor Dr. Günter M. Ziegler, Präsident der FU Berlin

„Bei uns wird der neue Förderatlas alle drei Jahre mit Spannung erwartet. Uns interessiert natürlich die aktuelle eigene ‚Platzierung‘ im bundesweiten Vergleich, denn die Drittmittelstärke ist und bleibt einer der wichtigen Indikatoren für wissenschaftliche Leistungsstärke und Aktualität des Forschungsprofils. Zudem helfen die Analysen als Blick von außen bei den eigenen strategischen Überlegungen.“

Dr. Katrin Jordan, Leiterin des Forschungsdezernats der TU Dresden



Foto: Inka Reiter

„Jede Ausgabe des Förderatlas ist für mich eine spannende Lektüre zur Selbsteinschätzung der Universität im Querschnitt. Welche Forschungsfelder sind besonders sichtbar? Wo gibt es vielleicht sogar offene Potenziale, um Wissenschaftler*innen für neue Projekte oder neue Förderformate zu vernetzen? Es ist eine Freude, im Förderatlas zu sehen, dass universitäre Strategien aufgehen – zum Beispiel unsere Förderung der Antragstätigkeit von Wissenschaftler*innen in frühen Karrierephasen.“

Dr. Anja Eisenbeiß, Leiterin des Forschungssupports der Universität Konstanz

„Der Förderatlas zeigt eindrucksvoll, wie zahlreich und erfolgreich die Kooperationen zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind – auf Ebene gemeinsamer Projekte oder durch die Förderung herausragender Köpfe. Interdisziplinäre Partnerschaften, die verschiedene Institutionen und Expertisen zusammenbringen, sind essenziell, damit Deutschland international sichtbar und wettbewerbsfähig bleibt.“

Professor Dr. Otmar D. Wiestler, Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft



Foto: Helmholtz/Phil Dera

„Der Förderatlas ist ein unverzichtbares Instrument zum Verständnis der vielfältigen deutschen Wissenschaftslandschaft. Die detaillierten Daten geben uns wertvolle Einblicke, die wir für die Internationalisierung der deutschen Hochschulen und das Marketing des Hochschul- und Forschungsstandorts Deutschland in aller Welt nutzen. Die englische Version des ‚Funding Atlas‘ ist zudem eine sehr willkommene Ergänzung.“

Dr. Kai Sicks, Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)

„Durch den Förderatlas erhalten wir wertvolle Daten und finden darin unsere Idee der mehrdimensionalen Betrachtung von Forschungsleistung wieder, zum Beispiel regional und international gesehen. Bei der Erstellung des CHE-Rankings nutzen wir ihn regelmäßig, um unsere eigenen Daten zu validieren. Wir schätzen seine Rolle als unverzichtbare Quelle für Transparenz und strategisches Benchmarking in der deutschen Forschungslandschaft.“

Professor Dr. Frank Ziegele, Geschäftsführer des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE)



Foto: Freie und Hansestadt Hamburg

„Strategie beginnt bei den Daten. Hier hilft mir der DFG-Förderatlas bei der Entwicklung unseres Wissenschaftsstandorts. Wo sind starke Netzwerke bei welchen Disziplinen? Wie stehen die Bundesländer im Vergleich? Welche Rolle spielen EU-Mittel? Wo stehen wir international? Mein

seinen Daten und innovativen Grafiken ist der Förderatlas für uns Analysewerkzeug und Ideengeber zugleich. Gäbe es ihn noch nicht, müsste man ihn erfinden.“

Dr. Rolf Greve, Leiter des Amtes für Wissenschaft und Forschung in der Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke der Freien und Hansestadt Hamburg

„Mit seiner breiten und hochwertigen Datenbasis bietet der Förderatlas eine einzigartige Übersicht über die deutsche Forschungslandschaft. Er ist ein sehr hilfreiches Instrument, um die vielfältigen Forschungsaktivitäten an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Deutschland sichtbar zu machen, und ermöglicht darüber hinaus wertvolle Einblicke in die Verteilung der Fördermittel.“

Professor Dr. Bernd Huber, Präsident der LMU München



Foto: LMU München

Henriette Sudhaus



San Francisco, etwa sechs Wochen nach dem Erdbeben vom 18. April 1906, in einer eindrucksvollen Luftaufnahme von George Raymond Lawrence. Das gut dokumentierte Ereignis ermöglichte der Geophysik wegweisende Erkenntnisse. Bruchvorgänge, als Ursache erkannt, rückten seitdem in den Fokus der Wissenschaft.

Bruchvorgänge neu im Blick

Seismogeodäsie: Durch punktuelle Bewegungsmessungen mithilfe von Navigationssatelliten und bildgebenden Radarsatelliten setzt eine junge Forschungsrichtung Impulse für die Erdbebenforschung. Eine aktuelle Studie verdeutlicht die Erkenntnismöglichkeiten am Beispiel der seismisch hochaktiven Anatolischen Platte.

Erdbeben sind faszinierende und grausame Phänomene zugleich: Faszinierend ist aus geowissenschaftlicher Sicht die aus dem Erdinneren angetriebene Plattentektonik, die zu Erdbeben führt. Grausam können die Folgen für Menschen, verheerend für Städte und ganze Landschaften sein. Kaum zufällig haben sich Erdbebenereignisse in die globale Erinnerung eingeschrieben: beispielsweise das Erdbeben von San Francisco 1906, dessen Dokumen-

tation und Erforschung für die Geophysik mit geradezu augenöffnenden Erkenntnissen verbunden war.

Doch was geht einem Erdbeben voraus? Vereinfacht gesagt bewegen sich tektonische Platten an der Erdoberfläche relativ zueinander. An ihren Grenzen bilden sich teils elastische Verwerfungszonen und das Gestein verformt sich. Das bedeutet: Eine „elastische Energie“ baut zunehmend Spannung im Gestein auf. Diese Energie wird dann plötzlich in

Erdbeben freigesetzt, und zwar als Bewegung, Hitze und in seismischer Wellenabstrahlung. Das geschieht genau dann, wenn die aufgebaute Spannung die Festigkeit der Gesteine überschritten hat. Und nach Erdbeben, das gehört zum Gesamtbild, laufen die äußeren Prozesse der Plattentektonik unvermindert weiter und bauen erneut elastische Energie in der Gesteinsverformung auf. Geowissenschaftler*innen sprechen vom „Erdbeben deformationszyklus“.



Foto / Illustration: ESA

Die ESA-Satellitenmission „Sentinel-1“ liefert Radaraufnahmen, mit denen tektonisch aktive Gebiete global überwacht werden können.

Erst seit 100 Jahren ist bekannt, was Erdbeben sind und was sie hervorruft. Doch bis heute lassen sich Erdbeben nicht genau vorhersagen. Weder lassen sich die konkrete Festigkeit der betroffenen Gesteinsmassen bestimmen, noch die Spannungen im Untergrund. Doch es gibt Fortschritte dabei, die Gefährdung durch Erdbeben besser einzuschätzen. Eine wegweisende Rolle spielt dabei die bessere Vermessung der Verformungen. Die Seismogeodäsie ist die Forschungsrichtung, die hierzu durch Vermessungen mit Satelliten wertvolle Beiträge leisten kann. Aber wie funktionieren die Untersuchungen aus dem Erdbreit, wo Erdbeben doch im Gestein verborgen stattfinden?

Besondere Dienste leisten dabei Satellitennavigationssysteme und bildgebende Radarsatelliten. Zu Ersterem gehört das bekannte amerikanische Global Positioning System – GPS –, neben GLONASS (russisch),

Galileo (europäisch) und Beidou (chinesisch). Deren originäre Aufgabe ist es, Positionen im dreidimensionalen Raum genau festzustellen. In der Wissenschaft werden fest im Boden verankerte Empfänger genutzt. Durch kontinuierliches Messen gelangt man zu millimetergenauen Positionsangaben, empfindlich sogar für langsamste tektonische Geschwindigkeiten von einzelnen Millimetern pro Jahr.

Die etwas jüngere Messmethode verwendet bildgebende Radarsatelliten. Sie kommt ganz ohne Bodenstationen aus und liefert so auch in entfernten und schwer zugänglichen Orten wertvolle Messergebnisse. Radarsatelliten senden aktiv elektromagnetische Wellen mit konstanter Mikrowellenlänge zur Erde und empfangen die zurückgestreuten Signale, die räumlich in einer Ebene geordnet werden.

Die Abbildungen der Rückstreuung muten dabei wie Fotografien an, wobei diese von der Rauig-

keit der Oberfläche im Vergleich zur Wellenlänge abhängt. Glatte Seen erscheinen dunkler als raue Ackerflächen und Siedlungsgebiete streuen besonders stark zurück. Wichtiger noch ist die Phase des Signals. Diese hängt vom Abstand des Satelliten zu den rückstreuenden Objekten ab und ändert sich, wenn sich die Erdoberfläche bewegt. Das Entscheidende: Die Kombination von punktuellen Bewegungsmessungen mithilfe von Navigationssatelliten und flächenhaften Daten mithilfe von Radarsatelliten ergibt ein Bewegungsmuster in allen drei Raumrichtungen.

In einem festen Rhythmus tasten Radarsatelliten der Europäischen Weltraumorganisation ESA die Erdoberfläche ab. Tritt ein großes Erdbeben auf, greifen auch wir im Projekt „Brückenschlag zwischen Geodäsie und Seismologie“ auf diese Aufnahmen zurück und vermessen die Oberflächenverformung. Mit einer Art Stapelung von Messungen

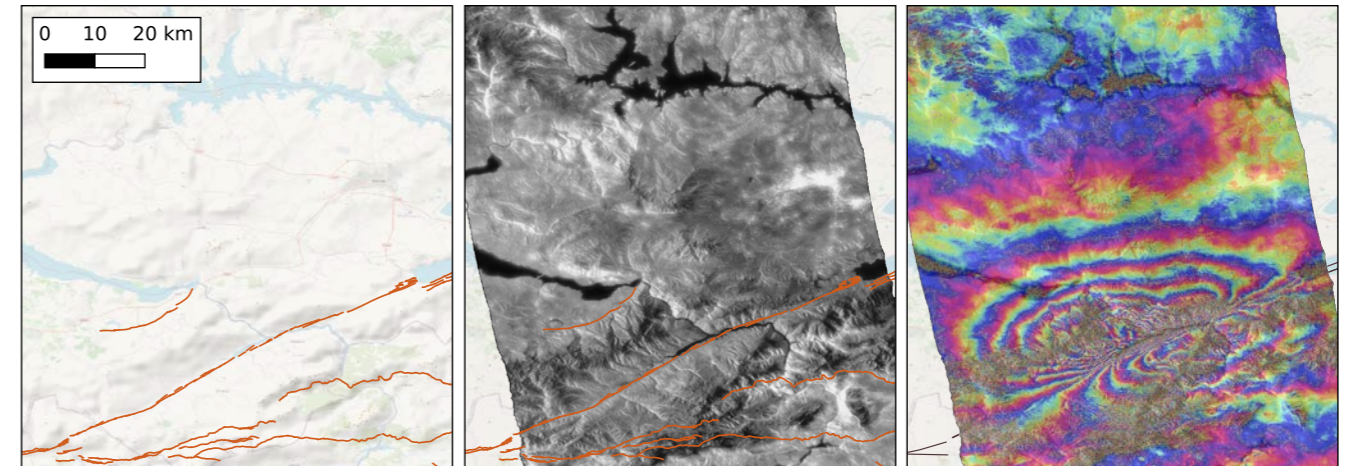
aus mehreren Jahren ist es darüber hinaus möglich, auch sehr langsame und bislang verborgene tektonische Bewegungen zu erfassen. Die Europäische Union veröffentlicht inzwischen sogar Karten von Bodenbewegungsgeschwindigkeiten im Internet (<https://egms.land.copernicus.eu>).

Große Erdbeben verursachen Oberflächenverschiebungen. Mit dem bloßen Auge erkennbare Verformungen der Erdoberfläche sind oft als Brüche im Straßenasphalt oder als Risse im Boden in der Nähe des Erd-

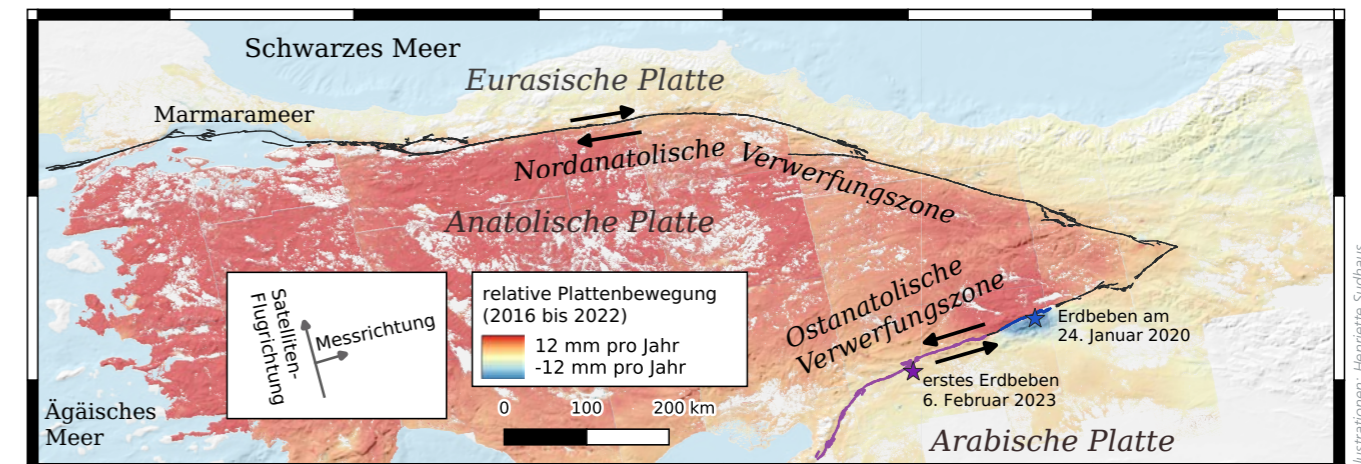
bebenherds erkennbar. Mit der Entfernung nimmt die Verformung ab. Die Verformungsmuster von Erdbeben sind individuell und erlauben mit physikalischen Bruchmodellen, die Ausdehnung der Brüche und den Versatz der Gesteine in der Tiefe abzuschätzen. Diese Eigenschaften geben direkt Aufschluss über den Spannungsabbau und die freigesetzte Energie, was mit den Methoden der klassischen Seismologie nur indirekt abzuleiten war. Mit diesen Informationen lassen sich realistische Gefährdungsszenarien zukünftiger Erdbeben erstellen.

Neben Erdbeben sind auch die sich langsam vollziehenden Verformungen von Wert und Interesse. Denn wir hoffen so, die Energie zukünftiger Erdbeben abschätzen zu lernen. Das Deutsche Zentrum für Luft und Raumfahrt (DLR) hat mit Radaraufnahmen der Sentinel-1-Mission der ESA aus den vergangenen Jahren erstmals global die Bewegungsraten in tektonisch aktiven Gebieten bestimmt.

Beeindruckend abgebildet wird dabei zum Beispiel die gegenüber der Eurasischen Platte relativ schnelle Bewegung der Anatolischen Platte.



Oben: Aufnahmen mit dem europäischen Radarsatelliten Sentinel-1 zeigen die Bewegungen an der Ostanatolischen Verwerfung im Osten der Türkei zwischen dem 21. und 27. Januar 2020. Erkennbar sind eine oberflächenabhängige Rückstreuung (Mitte) und die Phasenverschiebung zwischen den Aufnahmen (rechts), die eine starke Verformung durch das Erdbeben anzeigen. Unten: Die untersuchte Region umfasst vor allem die Anatolische Platte und Eurasien. Berechnet werden die mittleren Bewegungsgeschwindigkeiten beider Platten relativ zueinander. Die Daten stammen vom DLR.



Illustrationen: Henriette Sudhaus

Die Nord- und Ostanatolischen Verwerfungszonen sind durch Reibung verhakete Plattengrenzen. Hier finden starke Verformungen, begleitet von Erdbeben, statt. Der Erdbebendeformationszyklus lässt sich zeitlich und räumlich sehr gut beobachten.

An der Nordanatolischen Verwerfung ist das „Verformungsverhalten“ sehr variabel. Von Westen und östlich des Marmarameeres nimmt die Ausdehnung der Verformung zu. Im Westen wird Energie in einem vergleichsweise kleinen Volumen gespeichert und ist wahrscheinlich insgesamt kleiner als östlich. Ebenfalls im Westen werden auch Kriechprozesse direkt an der Verwerfung beobachtet. Das bedeutet ein langsames Aneinandervorbeirutschen der sich gegenüberliegenden Seiten einer Verwerfung. Dabei wird fortwährend Spannung abgebaut, so dass das energetische Potenzial für Erdbeben sinkt.

Forschungsrelevant sind auch die Daten zu den großen Erdbeben der Ver-

gangenheit. So wird vermutet, dass im westlichen Teil der Nordanatolischen Verwerfung durch das große und zerstörerische „Izmit Erdbeben“ im August 1999, auch „Erdbeben von Gölcük“ genannt, nachhaltig Spannung abgebaut und die Reibung stark geschwächt wurde. Wir gehen hier von keiner erhöhten Erdbebengefahr aus.

Auch im östlichen Verlauf der Verwerfung setzten große Erdbeben im letzten Jahrhundert signifikant Energie frei. Doch trifft dies nicht für den Abschnitt westlich des „Izmit Erdbebens“ von 1999 zu, wo die Verwerfung für Messungen weitgehend unzugänglich unter dem Marmarameer abtaucht. Hier wird die Lage als sehr ernst eingeschätzt. Das Erdbeben des Jahres 1999 könnte die Spannung dort noch erhöht haben – und damit auch die Erdbebengefahr für den Großraum Istanbul.

Im 21. Jahrhundert zeigt die Ostanatolische Verwerfung eine erhöhte

seismische Aktivität. Im östlichsten Teil ermittelten satellitengestützte Untersuchungen eine nur schwache Verhakung mit kriechenden Bereichen. Tatsächlich traten in dieser Region im 20. Jahrhundert keine sehr großen Erdbeben auf. Südwestlich davon ereignete sich allerdings im Januar 2020 das größte Erdbeben seit mehr als 100 Jahren: Es brach von Nordosten in Richtung Südwesten eine Länge von etwa 30 Kilometern. Überraschend, weil noch vor dem befürchteten großen Erdbeben nahe Istanbul, traten daraufhin die zwei verheerenden Erdbeben am 6. Februar 2023 auf. Das erste Erdbeben brach nachts die Ostanatolische Verwerfung entlang einer Strecke von ungefähr 350 Kilometern auf. Dabei wurde gewaltige Energie freigesetzt. Größte Zerstörungen und der Verlust sehr vieler Menschenleben waren das Ergebnis dieser Katastrophe.

Aus geowissenschaftlicher Sicht ist an der Abfolge von Erdbeben an den Rändern der Anatolischen

Die Stadt Iskenderun in der türkischen Provinz Hatay, einen Tag nach dem verheerenden Erdbeben im Februar 2023.



Foto: Shutterstock



Foto: Open Aerial Map / Cristiano Giovando / CC-BY 4.0

Aufgerissene Erde: Die Pfeile zeigen die Bruchlinie, die durch das Türkei-Erdbeben 2023 südlich von Kahramanmaraş entstanden ist.

Platte einiges bemerkenswert – und vieles unverstanden. Warum bleibt das erwartete Erdbeben nahe Istanbul seit mehr als 25 Jahren aus? Ist das Zufall oder wird die vermutete elastische Aufladung in anderen Prozessen abgebaut? An der Ostanatolischen Verwerfung scheinen sich die Bruchflächen des Erdbebens im Jahr 2020 und der Erdbeben 2023 fast zu berühren. Aber warum stoppte der Bruch beim Erdbeben 2020 nach etwa 30 Kilometern, obwohl die Spannung im weiteren Verlauf der Verwerfung hoch gewesen sein muss, um dann nur drei Jahre später doch dort zu brechen?

Historische Erdbebenstudien geben Auskunft über die Erdbebenaktivität dieser beiden großen Verwerfungszonen. Können wir also annehmen, dass durch die großen Erdbeben im Februar 2023 an der Ostanatolischen Verwerfung nun die Nordanatolische Verwerfung signifikant aufgeladen wurde und Erdbeben dort wahrscheinlicher werden? Oder ist dieser Rhythmus kein festes,

sondern nur ein scheinbares Muster? Grundlegende Fragen sind offen, um die relevanteste Frage beantworten zu können: Wo und wann wird das nächste Erdbeben stattfinden? Um den „Erdbebendeformationszyklus“ besser zu verstehen, müssen mindestens zwei Probleme in den Blick genommen werden: Erstens muss der Anteil elastischer Verformung gegenüber plastischer Verformung an Verwerfungszonen besser festgestellt werden. Denn nur bei elastischer Verformung ist die Spannung im Gestein erhöht. Ohne diese Größe bleibt das Energiebudget für Erdbeben an tektonischen Verwerfungen unbekannt.

Ein zweites Problem ist, dass gerade auf Kontinenten der Erdbebendeformationszyklus eine Periodendauer von Jahrhunderten umfasst, sodass bisher über die längere Vorgeschichte der Verwerfungen und deren Erdbebenpotenziale zu wenig bekannt ist.

Vielversprechend und lohnend ist trotz aller ungelösten Fragen, aus der Gesamtheit der global beobachteten

Erdbeben Schlüsse für einzelne Gebiete zu ziehen. Dafür müssen die Eigenschaften der vergangenen Erdbeben bestmöglich bestimmt werden, um mit soliden Statistiken die Eigenschaften für zukünftige Erdbeben angeben zu können. Dabei kann die Seismogeodäsie mit ihren Möglichkeiten helfen.



Foto: privat

Professorin Dr. Henriette Sudhaus lehrt seit 2024 Seismogeodäsie auf einer Heisenberg-Proessur der DFG am Karlsruher Institut für Technologie (KIT).

Adresse: Geophysikalisches Institut, KIT, Hertzstr. 16, 76187 Karlsruhe

Das Projekt „Brückenschlag zwischen Geodäsie und Seismologie zur verbesserten und automatisierten Untersuchung von Bruchvorgängen“ wurde als Emmy Noether-Nachwuchsgruppe gefördert.

www.gpi.kit.edu/62_1063



www.gpi.kit.edu/62_1063

Im Krieg gegen die Zivilisation des Westens

Ideengeschichtliche Hintergründe des russisch-ukrainischen Krieges zwischen universalistischen und partikularistischen Werten sowie ideologischen Ansprüchen und Rechtfertigungen: Einblicke in die Geschichtspolitik und -propaganda des neoimperialen Russland aus der Sicht eines Osteuropahistorikers.



Im russisch-ukrainischen Krieg sind auf beiden Seiten nach offiziellen Angaben zehntausende, vielleicht hunderttausende Soldaten gestorben, in der Ukraine kommen über zwölftausend getötete Zivilisten hinzu. Für beide Länder ist die Gewinnung von Rekruten eine zentrale Aufgabe im Krieg. Zur ukrainischen Armee meldete sich in den ersten Kriegsjahren eine beträchtliche Zahl von Freiwilligen, im April 2024 verabschiedete das ukrainische Parlament zudem ein Gesetz zur Mobilmachung. Russland verkündete 2022 eine Teilmobilmachung. Es stützt sich darüber hinaus auf Vertrags-soldaten sowie Strafgefangene. Die Rekrutierung unter den nichtrussischen Ethnien ist deutlich höher als in den zentralen russischen Landesteilen, insbesondere in Moskau und Petersburg.

Wofür werden die hohen menschlichen Opfer gebracht? In der Ukraine liegt die Antwort auf der Hand: zur Verteidigung des eigenen Lands gegen eine Invasion und zur Verteidigung der eigenen, individuellen Freiheit. Die partikuläre Berufung auf die Nation ist von dem universalen Prinzip der Freiheit nicht zu trennen. Die russische Propaganda, deren Einfluss im Westen erschreckend viele Menschen erliegen, negiert dies, indem sie die politische Elite der Ukraine als „Banderisten“, also rechtsradikal gesinnte Wiedergänger von NS-Kollaborateuren, brandmarkt.

Das ist in Bezug auf den ukrainischen Präsidenten Selenskyi und seine politische Umgebung eine absurde Behauptung. Aber auch die Unterstellung einer rechtsradikalen

Prägung der ukrainischen Nation ist falsch. Seit 1991 erreichte in den gesamtstaatlichen Wahlen nur einmal eine rechte Partei die Fünf-Prozent-Marke und damit den Einzug ins Parlament. Der Krieg der Ukraine ist ein Befreiungskrieg, der für zivile Rechte und die Emanzipation der Staatsbür-



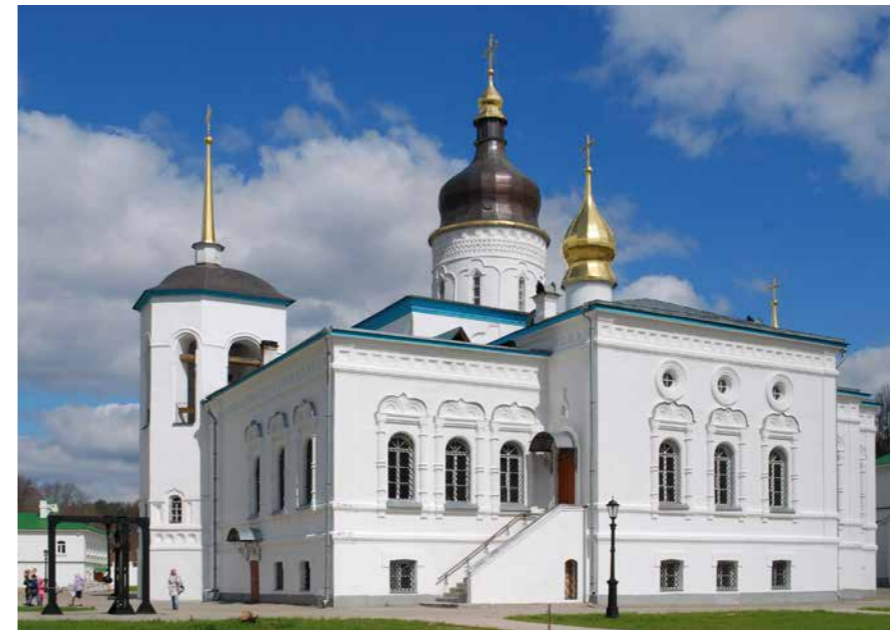
Quelle: Wiki Commons

ger von den imperialen russischen Herrschaftsansprüchen geführt wird.

Seit seiner Gründung und vor allem im Maidan manifestierte sich der ukrainische Nationalstaat als Träger universalistischer Prinzipien, die Gleichberechtigung der Bürger ungeachtet ihrer Sprache, Nationalität und Konfession war dabei ein Leitprinzip. Russisch ist im östlichen Landesteil auch von vielen Ukrainern als Umgang- und Schriftsprache ganz selbstverständlich verwendet worden. Konfessionell war die Gleichberechtigung so umfassend, dass Amtsträger an der Spitze des Staates jeder Glaubensrichtung angehören konnten.

Nach dem Maidan waren die höchsten Ämter so multikonfessionell besetzt, wie dies in keinem anderen europäischen Staat vorstellbar gewesen wäre, und zwar nicht als Ergebnis eines konfessionellen Proporzsystems, sondern als Ergebnis gelebter Religionsfreiheit: Präsident Petro Poroschenko war orthodox (Moskauer Patriarchat), Premierminister Arsenij Jazenjuk gehörte der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche an, der Verteidigungsminister Oleksandr Turtschynow war Baptist und der Sprecher des Parlaments Volodymyr Hroisman jüdisch. Wie sich die multikulturelle Prägung der ukrainischen Nation unter den Bedingungen des russischen Angriffskriegs verändert, ist noch nicht endgültig zu beurteilen. Deutlich ist aber, dass sich der universalistische Charakter der Nation zugunsten partikularer Elemente abschwächt: Das Russische hat seinen Status eingebüßt und innerhalb der Orthodoxie ist die vormals dem Moskauer Patriarchat zugehörige Ukrainische Orthodoxe Kirche

Russland als Drittes Rom – eine erstmals im 16. Jahrhundert von dem Mönch Filofei formulierte Sendungs-idee, hier auf einer Münze von 2014 mit dem Filofei-Zitat: „Zwei Rome sind gefallen, das dritte aber steht, und ein viertes wird es nicht geben. Und nun leuchtet dein drittes, das neue souveräne Reich deiner heiligen konziliaren apostolischen Kirche an allen Enden des Universums im orthodoxen christlichen Glauben im gesamten himmlischen Reich heller als die Sonne. Unser RUSSISCHES Land wächst durch die göttliche Barmherzigkeit und das Gebet der reinsten Jungfrau und aller heiligen Wundertäter, wird jünger und steigt empor.“



Links: Das auf der Münze abgebildete Jelesar-Kloster des russisch-orthodoxen Mönchs Filofei von Pskov. Ein Vordenker imperialer Größe heute: Alexander Geljewitsch Dugin, ein russischer ultranationalistischer politischer Philosoph und Publizist, Universitätslehrer und Politiker.



Fotos: Wiki Commons

unter Druck geraten, während die autokephale (eigenständige) Orthodoxe Kirche der Ukraine zu einer Staatskirche avanciert.

Eine Tendenz, die eigene ethisch-nationale Partikularität hervorzuheben, ist in Bezug auf die ukrainische Denkmalpolitik in Odessa hervorgehoben worden, wo Monumente russischsprachiger Dichter teilweise aus dem Stadtraum entfernt werden. Ein genauerer Blick zeigt aber, dass die ukrainische Denkmalpolitik weiterhin dem Leitbild einer multikulturellen Stadt folgt.

Russlands Soldaten sterben für einen ganz anderen Staat, aber auch hier mischen sich universalistische und partikularistische Prinzipien. Putin begründet den Krieg mit historischen und zivilisatorischen Ansprüchen. Bereits im Juli 2021 ließ er mit seinem Geschichtsesay „Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer“ erkennen, dass er eine unabhängige Ukraine, die über ihre Bündnisse selbst entscheidet und eine

eigene Nationalkultur pflegt, nicht dulden würde. In dem Text manifestierte sich der Anspruch eines Imperiums auf die Beherrschung einer eigenen Einflusszone, einer eigenen Welt, die in der offiziellen russischen Propaganda auch als „russkij mir“ bezeichnet wird, was mit „russischer Welt“ oder „russischem Frieden“ zu übersetzen ist.

Die schillernde Begrifflichkeit des „russkij mir“ bringt den Anspruch der kulturellen Totalität des Russischen zum Ausdruck und bezieht sich auf alle Gebiete, in denen Ostslawen – also Russen, Ukrainer oder Belarussen – leben. Insofern handelt es sich um eine großrussische Ideologie, die in partikularistischer Weise einen nationalen Besitzanspruch formuliert. Mit dem Begriff des „mir“ (Welt, Frieden) ist dieser Anspruch aber universalistisch überzogen, denn er proklamiert die beanspruchte Sphäre als eine „Welt für sich“ und entspricht damit einer typischen imperialen Vorstellung, das eigene Reich als eine eigene Welt zu betrachten.

In der russischen Tradition ist dies mit der Vorstellung Moskaus als dem „Dritten Rom“ verbunden, einer Sendungs-idee, die im 16. Jahrhundert in einem Schreiben des Mönchs Filofej an den Großfürsten Vasilij III. (1503–1533) formuliert wurde. Filofej ordnete Moskau in die Reihe der großen legitimen Imperien ein: Die Kirche des alten Rom sei durch Häresie gefallen, die Kirche des zweiten Rom, Konstantinopel, hätten die Osmanen zerstört, die Kirche Moskaus sei nun das Dritte Rom. Ein viertes Rom werde es nicht geben.

Eine wirkmächtige universalistische Ideologie entstand daraus im 19. Jahrhundert, als Vladimir Solov'ev (1853–1900) Russlands Berufung darin erkannte, Ost und West in einer universalen Einheit zusammenzuführen. Daran schloss Nikolaj Berdjaev (1874–1948) an, der die Idee eines russischen Messianismus entwarf, die er nach 1917 auf die Dritte Internationale und die Sowjetunion übertrug. Nach deren Zerfall erlebte die religiöse Reichsideologie eine



Atemloser Alltag im Krieg: Bürgermeister Klitschko vor zerstörten Wohnhäusern in der ukrainischen Hauptstadt Kiew.

Renaissance in der Vorstellungswelt der Russischen Orthodoxen Kirche, deren ideologischer Einfluss auf die russische Öffentlichkeit heutzutage nicht zu unterschätzen ist.

Eine weitere, heute wirkungsvolle Ideologie stellt schließlich das Eurasium dar, eine Denkrichtung, die von russischen Emigranten in den 1920er-Jahren entwickelt worden war. Damals entsprach der Raum „Eurasien“ im Wesentlichen dem untergegangenen Russischen Reich, das die Emigranten der „romano-germanischen Welt“ entgegengesetzten. Rechtsextreme Denker übernahmen das Modell in den 1990er-Jahren, fassten aber Eurasien als Asien plus Europa viel weiter und stellten die raumprägende „russische Zivilisation“ der atlantischen Welt mit den USA an der Spitze gegenüber. Es ging um den alten Antagonismus von Seemächten und Landmächten und damit um einen alternativen Universalismus gegen die Ideen des Westens.

Aleksander Dugin (*1962) und andere rechtsradikale Denker griffen lange vor dem Krieg gegen die Ukraine auf die alten Ideen zurück, die sich heute weiter Verbreitung erfreuen. Sie kontern die westlichen Prinzipien der individuellen Freiheit und Gleichheit mit kollektiven Prinzipien, zum Beispiel mit Werten der Familie und der Nation. Diese Vorstellungen werden zwar zivilisatorisch mit Russland verbunden, aber doch mit universellem Gültigkeitsanspruch entworfen. Die Gesellschaften des Westens sollen auf einen Weg zurückgebracht werden, von dem sie durch ihre hedonistische Lebensweise abgekommen seien. Mit der antiindividualistischen Ideologie erzielt die russische Propaganda durchaus Einfluss auf rechtsextreme Bewegungen im westlichen Europa.

Eine praktische Bedeutung gewinnt der antiliberaler Universalismus durch die nicht nur postulierte, sondern tatsächliche Entrechtung von

Minderheiten. Während Homosexualität in der Zeit Jelzins entkriminalisiert wurde, ist heute in Russland der umgekehrte Prozess zu beobachten. Die Kriminalisierung von queeren Menschen geht Hand in Hand mit der Verschärfung des autokratischen Regimes und der neoimperialen Aggression nach außen. Am 17. November 2023 stufte das russische Justizministerium „die internationale LGBT-Bewegung“ als extremistisch ein, was den rechtlichen Status von queeren Menschen in Russland prekär macht. Besonders gefährlich ist die Verknüpfung der Entrechtung von Homosexuellen mit der geopolitischen Propaganda gegen den Westen. Europa wird in der russischen Propaganda als „gaj-ropa“ angeprangert. So entwirft Russland Europa als zivilisatorischen Feind und verbindet ihn zugleich mit einer in Russland verfolgten Minderheit.

Strukturell ist dies mit der doppelten Rolle, die das Judentum in der



Solidarität mit der Ukraine: In vielen Städten Europas wird seit Kriegsbeginn gegen den Überfall Russlands auf die Ukraine protestiert.

NS-Ideologie als innerer und äußerer Feind, sei es in der Form des „Judäo-Bolschewismus“ oder des „Weltjudentums“ gespielt hat, vergleichbar. Russland spricht sich selbst die Kraft der universellen moralischen Erneuerung zu und entwirft den Westen als das „verkommene“ Andere, das mit den „Verkommenen“ im eigenen Land in einen Zusammenhang gestellt wird.

Das Gebräu aus nationalistischen, zivilisatorischen und messianisch-universalistischen Ideen prägt den offiziellen Diskurs, wie er im russischen Staatsfernsehen täglich zu besichtigen ist. Der universalistische Anspruch, für eine neue gerechte Weltordnung altruistisch zu kämpfen, kontrastiert dabei scharf mit der russischen Kriegsführung, die sich gegen die ukrainische Armee und auch die Zivilbevölkerung richtet und vor systematischen Vergewaltigungen und der Entführung von Kindern nicht

zurückschreckt. Der Kontrast zur Ukraine ist auch hier deutlich: Die ukrainische Armee hält sich weitgehend an das Völkerrecht. Von Verstößen dagegen war punktuell in der Anfangsphase des Krieges zu hören, nicht in seinem späteren Verlauf.

Es ist bemerkenswert, dass die universalistische Kriegslegitimation in vielen Ländern des globalen Südens durchaus affirmativ aufgenommen wird. Obwohl Russland in imperialer Tradition seinen Krieg gegen die Freiheitsbestrebungen der Ukraine führt, genießt es in vielen afrikanischen, südamerikanischen und asiatischen Ländern Sympathien, die sich aus einem antikolonialen Bewusstsein speisen. Auch die Sowjetunion hatte es verstanden, ihre koloniale Interessenpolitik, die sie in vielen Ländern des globalen Südens betrieb, anticolonial zu verbrämen. Sie begegnete dem universalistischen liberalen Anspruch der USA mit ihrer eigenen sozialistischen Befreiungsmisson. Über

den Sozialismus als universalistische Gegenideologie verfügt Russland heute nicht mehr. Die antiamerikanischen Affekte funktionieren aber immer noch.



Foto: Stefan Obermeier

Professor Dr. Martin Schulze Wessel ist Inhaber des Lehrstuhls für die Geschichte Ost- und Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Sprecher der Kolleg-Forschungsgruppe „Universalismus und Partikularismus in der europäischen Zeitgeschichte“.

Adresse: Historisches Seminar der LMU, Geschichte Ost- und Südosteuropas, Geschwister-Scholl-Platz, 80539 München

DFG-Förderung im Rahmen der KFG 20.

www.kfg20.geschichte.uni-muenchen.de





Foto: Silke Obwald



Foto: LMU



Foto: privat

Leibniz-Preise 2025

Wichtigster Forschungsförderpreis geht an vier Wissenschaftlerinnen und sechs Wissenschaftler / Je 2,5 Millionen Euro Preisgeld / Verleihung und 40-jähriges Preis-Jubiläum am 19. März

Die neuen Träger*innen des wichtigsten Forschungsförderpreises in Deutschland stehen fest: Der Hauptausschuss der DFG erkannte am 11. Dezember in Bonn vier Wissenschaftlerinnen und sechs Wissenschaftlern den Gottfried Wilhelm Leibniz-Preis 2025 zu. Sie waren zuvor vom zustän-

digen Auswahlausschuss aus 142 Vorschlägen ausgewählt worden. Von den zehn Preisträger*innen kommen zwei aus den Geistes- und Sozialwissenschaften, vier aus den Lebenswissenschaften, drei aus den Naturwissenschaften sowie einer aus den Ingenieurwissenschaften. Die Ausgezeichneten

erhalten jeweils ein Preisgeld von 2,5 Millionen Euro. Diese Gelder können die Preisträger*innen bis zu sieben Jahre lang nach ihren eigenen Vorstellungen und ohne bürokratischen Aufwand für ihre Forschungsarbeit verwenden. Die Leibniz-Preise werden am 19. März 2025 in Berlin verge-



Foto: TUM/Astrid Eckert



Foto: U Bonn/Gregor Hübl



Foto: privat



Foto: U Heidelberg/Tobias Schwerdt



Foto: Max-Delbrück-Center/Pablo Castagnola

ben. Der Preisverleihung geht eine Veranstaltung zum 40-jährigen Jubiläum des Programms voraus, bei der sich alle bisherigen Preisträger*innen austauschen und vernetzen können.

Den „Förderpreis im Gottfried Wilhelm Leibniz-Programm“ der DFG für das Jahr 2025 erhalten (von oben links nach unten rechts):

- Professor Dr. Volker Haucke, Biochemie und Zellbiologie, Leibniz-Forschungsinstitut für Molekulare Pharmakologie, Berlin

- Professor Dr. Hannes Leitgeb, Theoretische Philosophie, LMU München

- Professorin Dr. Bettina Valeska Lotsch, Festkörper- und Materialchemie, Max-Planck-Institut für Festkörperforschung, Stuttgart

- Professor Dr. Wolfram Pernice, Experimentelle Physik, Universität Heidelberg

- Professorin Dr. Ana Pombo, Genombiologie, Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin, Berlin

- Professor Dr. Daniel Rückert, Künstliche Intelligenz, TU München
- Professorin Dr. Angkana Rüland, Angewandte Mathematik, Universität Bonn
- Professor Dr. Michael Seewald, Katholische Theologie, Universität Münster
- Professorin Dr. Maria-Elena Torres-Padilla, Epigenetik, Helmholtz Zentrum München
- Professor Dr. Robert Zeiser, Hämato-Onkologie, Universitätsklinikum Freiburg

Der Gottfried Wilhelm Leibniz-Preis wird seit 1986 jährlich von der DFG verliehen. Pro Jahr können bis zu zehn Preise mit einer Preissumme von jeweils 2,5 Millionen Euro ver-



Foto: DFG/Jenny Otto

liehen werden. Mit den diesjährigen Auszeichnungen sind bislang insgesamt 428 Leibniz-Preise vergeben worden. Davon gingen 136 in die Naturwissenschaften, 126 in die Lebenswissenschaften, 101 in die Geistes- und Sozialwissenschaften und 65 in die Ingenieurwissenschaften. Da Preis und Preisgeld in Ausnahmefällen geteilt werden können, ist die Zahl der Ausgezeichneten höher als die der Preise. Insgesamt haben bislang 455 Nominierte den Preis erhalten, darunter 377 Wissenschaftler und 78 Wissenschaftlerinnen. Zwei Leibniz-Preisträgerinnen und zehn Leibniz-Preisträger haben nach der Auszeichnung auch den Nobelpreis erhalten.

www.dfg.de/pm/2024_50



Foto: Helmholtz-Munich/Petra Nehmeyer



Foto: privat

„Hierarchisierung weiter abbauen“

Clinician Scientists diskutierten Perspektiven bei einem Symposium der DFG-Senatskommission

Forschende Ärzt*innen sind entscheidend daran beteiligt, wissenschaftliche Erkenntnisse in die Krankenversorgung zu übertragen – diese enge Verzahnung von klinischer und wissenschaftlicher Arbeit ist ein Kernelement der Universitätsmedizin. Aber wie kann gewährleistet werden, dass es genügend gut ausgebildete forschende Mediziner*innen gibt und sie langfristige Perspektiven erhalten? Das diskutierten Ende des vergangenen Jahres rund 100 Clinician Scientists bei einem Symposium der DFG-Senatskommission für Grundsatzfragen in der Klinischen Forschung in Berlin. Anlass waren die 2024 veröffentlichten Empfehlungen „Zielpositionen für Clinician Scientists“ der Senatskommission, die vielseitige Karrierewege aufzeigen.

Das Symposium bot auch Raum für ein Zwischenfazit der Clinician Scientists-Programme, die seit 2018 unter anderem von der DFG gefördert werden. Akteur*innen aus der Universitätsmedizin berichteten, wie sie die Programme umsetzen und die Karrierestufen verknüpfen. Dabei nahmen sie auch einzelne Fächer in den Blick, unter anderem die Chirurgie und damit ein Fach, das bei der Ausbildung von Clinician Scientists besondere Herausforderungen bewältigen muss. Hier zeigte Professor Dr. Marcus Czabanka vom Universitätsklinikum Frankfurt Lösungswege auf.

Unabhängig vom Fachgebiet machte die Diskussion deutlich: Eine der grundsätzlichen Hürden liegt derzeit im strukturellen Aufbau der Universitätsmedizin. Nach wie vor gilt ein Lehrstuhl kombi-



Foto: Arne Sattler

niert mit einer Klinikleitung als die höchste Zielposition. Diese Stellen sind jedoch nur sehr begrenzt verfügbar und werden auch nicht von allen Clinician Scientists angestrebt. Dennoch wünschen sich die meisten für ihre Karriere, langfristig wissenschaftliche und klinische Arbeit miteinander zu verbinden. Das hat auch eine Befragung des Uniklinikums Essen ergeben, die Professorin Dr. Dagmar Führer-Sakel, Mitglied der Senatskommission, vorstellte.

Der Blick ins Ausland zeigt: Kliniken sind dort häufig weniger hierarchisch aufgebaut. Professor Dr. Matthias Löhr vom Karolinska-Institut in Stockholm berichtete vom Rotationsprinzip in Schweden, wo sich Klinikdirektor*innen alle fünf Jahre in der Leitungsfunktion abwechseln. Es stellte sich die Frage: Wie kann auch in Deutschland ein Strukturwandel gelingen? „Um wissenschaftlich motivierten Ärzt*innen in frühen Karrierephasen konkrete Perspektiven bieten zu können, müssen wir die starke Hierarchisierung abbauen“, sagte Professorin Dr. Britta Siegmund, DFG-Vizepräsidentin

und Vorsitzende der Senatskommission. Die Gäste diskutierten auch über den ökonomischen Druck, der auf den Unikliniken lastet. „Wir benötigen mehr Freiräume, um qualitativ hochwertige Forschung zu betreiben und wissenschaftlich auszubilden“, unterstrich Professor Dr. Gereon Fink, Dekan der Medizinischen Fakultät der Universität Köln.

Um einen erfolgreichen Weg als Clinician Scientist einzuschlagen, kristallisierten sich vor allem zwei Voraussetzungen heraus: Engagierte Mentor*innen und geschützte Forschungszeit. „Formate, die die wissenschaftliche Eigenständigkeit fördern, könnten auch weiter ausgebaut werden“, sagte Dr. Natascha Röhlen vom Universitätsklinikum Freiburg, Forscherin im Clinician Scientist-Programm.

Das Fazit des Tages: „Ein attraktiveres Forschungsumfeld in der Universitätsmedizin steigert auch die Motivation, klinische Forschung zu betreiben“, so Siegmund. Sie und ihre Kolleg*innen nahmen viele Gedankenanstöße für die weitere Arbeit der Senatskommission mit. **SvR**

Aus der Förderung

Die DFG richtet **acht neue Forschungsgruppen** ein. Dies beschloss der Hauptausschuss der DFG auf Empfehlung des Senats. Die neuen Verbände erhalten insgesamt rund 30 Millionen Euro inklusive einer Programmpauschale in Höhe von 22 Prozent für indirekte Projektausgaben. Zusätzlich wurde die Verlängerung von zwei Forschungsgruppen und einer Kolleg-Forschungsgruppe für eine zweite Förderperiode beschlossen. Sie werden bis zu acht Jahre lang gefördert. Im Ganzen fördert die DFG zurzeit 199 Forschungsgruppen, zwölf Klinische Forschungsgruppen und 17 Kolleg-Forschungsgruppen.

www.dfg.de/pm/2024_51

Zur weiteren Stärkung der Spitzenforschung an den Hochschulen fördert die DFG **sieben neue Sonderforschungsbereiche (SFB)**. Dies beschloss der zuständige Bewilligungsausschuss. Die neuen Verbände werden ab April 2025 zunächst drei Jahre und neun Monate mit insgesamt rund 92 Millionen Euro inklusive einer Programmpauschale in Höhe von 22 Prozent für indirekte Projektausgaben gefördert. Drei der neuen Verbände sind SFB/Transregio (TRR), die von mehreren antragstellenden Hochschulen gemeinsam getragen werden. Ab April 2025 fördert die DFG insgesamt 263 Verbände.

www.dfg.de/pm/2024_47

Die DFG richtet **zwölf neue Graduiertenkollegs (GRK)** ein. Dies beschloss der zuständige Bewilligungsausschuss in Bonn. Die neuen GRK werden ab Oktober 2025 fünf Jahre mit insgesamt rund 82 Millionen Euro inklusive Programmpauschale gefördert. Aktuell fördert die DFG insgesamt 216 GRK, darunter 29 Internationale Graduiertenkollegs (IGK).

www.dfg.de/pm/2024_44

Im Zeichen der Geopolitik

Gemeinsamer Ausschuss von Leopoldina und DFG legt neuen Tätigkeitsbericht zu sicherheitsrelevanter Forschung vor

Die Erforschung von Krankheitserregern oder die Forschung zur generativen künstlichen Intelligenz kann zu Wissen, Produkten oder Technologien führen, die auch für schädliche Zwecke eingesetzt werden könnten („Dual-Use-Forschung“). In Zeiten von Pandemien, Kriegen und sich global zuspitzender Systemrivalitäten gewinnt der Umgang mit solch sicherheitsrelevanter Forschung immer mehr an Bedeutung, etwa die Frage, wie Forschung vor Spionage und fremder Einflussnahme geschützt und gleichzeitig die internationale Wissenschaftskooperation weiter gefördert werden kann.

Zu diesen und anderen Fragen von Dual Use berät der 2015 gegründete Gemeinsame Ausschuss zum Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung (GA) der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina und der DFG das deutsche Wissenschaftssystem. Er hat Mitte November seinen fünften Tätigkeits- und Sachstandsbericht vorgelegt. Unter dem Titel „Wissenschaftsfreiheit und Sicherheitsinteressen in Zeiten geopolitischer Polarisierung“ beschreibt er darin einen Wandel im Wissenschaftssystem aufgrund gestiegener nationaler Sicherheitsinteressen.

Einerseits werde von der Wissenschaft zunehmend erwartet, im Sinne nationaler Sicherheitsinteressen zu forschen. Andererseits berge dies die Gefahr, dass Wissenschaft politischen Zwecken untergeordnet und internationale Wissenschaftskooperationen eingeschränkt würden. Diesem Spannungsfeld wird der Ausschuss sich in



Grafik: Gemeinsamer Ausschuss Leopoldina und DFG

seinem nun bis 2030 verlängerten Mandat zusätzlich widmen.

Einzelne sicherheitsrelevante Forschungsfelder werden in dem Bericht exemplarisch vorgestellt: Der Gemeinsame Ausschuss bewertet dabei Forschung als „besorgniserregend“, wenn der Missbrauch unmittelbar erfolgen kann und die möglichen Schäden erheblich sind.

Der Tätigkeitsbericht beinhaltet zudem die Ergebnisse von Umfragen des Gemeinsamen Ausschusses zur bisherigen Arbeit der Kommissionen für Ethik sicherheitsrelevanter Forschung (KEF). Demnach wurden den KEFs zwischen 2016 und 2023 insgesamt 124 Fälle von sicherheitsrelevanten Arbeiten gemeldet, über die dann beraten wurde. Lediglich neun Fälle erhielten dabei gänzlich ablehnende Voten. Diese Umfragen zeigen aus Sicht des Ausschusses, dass besorgniserregende sicherheitsrelevante Arbeiten nach wie vor Ausnahmen im akademischen Forschungsbetrieb sind.

www.dfg.de/pm/2024_43

Treffen in Gaborone

DFG weitet Engagement in Subsahara-Afrika aus



SGCI Annual Forum: Die DFG-Präsidentin und die Vertreter*innen aus der Subsahara-Region.

Die DFG verstärkt ihr Engagement in Subsahara-Afrika. Im Rahmen eines mehrtägigen Treffens in Gaborone, der Hauptstadt Botswanas, vereinbarte Professorin Dr. Katja Becker Mitte November den Ausbau der Zusammenarbeit mit der National Research Foundation (NRF) Südafrikas.

Gemeinsam wollen die beiden Förderorganisationen die Partnerschaft zu insgesamt 17 Ländern aus

Subsahara-Afrika im Rahmen der „Science Granting Councils Initiative in sub-Saharan Africa“ (SGCI) weiter intensivieren. Künftig sollen mehr deutsch-afrikanische Forschungsprojekte gefördert werden, und die deutsche Wissenschaft soll noch besser mit afrikanischen Forscher*innen vernetzt werden. In Gaborone fand vom 11. bis 15. November das „SGCI Annual Forum“ sowie ein Regionalmeeting des Global Research Council

(GRC) für die Region Subsahara-Afrika statt.

Die SGCI ist eine 2015 gegründete Initiative von aktuell 17 Förderorganisationen in Subsahara-Afrika. Beteiligt sind Forschungsförderer aus Äthiopien, Botswana, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Ghana, Kenia, Malawi, Mozambique, Namibia, Nigeria, Ruanda, Sambia, Senegal, Sierra Leone, Simbabwe, Tansania und Uganda. Bereits seit mehreren Jahren begleitet die DFG die SGCI inhaltlich, seit Ende 2019 zählt sie auch zu den offiziellen Förderern der SGCI und unterstützt dabei insbesondere den Ausbau netzwerkbildender Maßnahmen zu gemeinsamen regionalen Ausschreibungen wissenschaftlicher Projektförderungen.

Gemeinsam mit der südafrikanischen NRF hat die DFG bereits für den Zeitraum von 2023 bis 2025 auch die Stärkung der Partnerorganisationen in Subsahara-Afrika im Bereich Forschungsmanagement in den Blick genommen. Der jetzt in Gaborone vereinbarte Ausbau der Zusammenarbeit beider Organisationen mit den Partnern in der Region knüpft daran und soll zunächst bis 2030 gelten.

www.dfg.de/pm/2024_45

Die DFG hat nach der erneuten Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten den Wert ihres intensiven wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Austauschs mit den USA und zahlreichen US-amerikanischen Wissenschaftsorganisationen betont. Diese Beziehungen auf exzellentem Niveau seien relevanter und zukunftsweisender denn je, sagte Präsidentin Katja Becker Anfang November dem *Research Table*. Der für beide Nationen wichtige transatlantische Dialog deutscher und

Einstehen

Nach erneuter Trump-Wahl

US-amerikanischer Expert*innen in Wissenschaft und Politik müsse jetzt umso intensiver fortgesetzt werden. Dies gelte aktuell besonders auch für ein gemeinsames Verständnis zum Thema Forschungssicherheit. „Wir werden für unsere grundlegenden Prinzipien der Faktenbasiertheit, Verlässlichkeit und wissenschaftlichen Integrität national wie internatio-

nal auch weiterhin eintreten. Es wird eine erhebliche Kraftanstrengung brauchen, diese Prinzipien zu verteidigen“, so Becker wörtlich. Gleichzeitig sei es unerlässlich, die Attraktivität des Wissenschaftsstandorts Deutschland weiter zu stärken. Die unabhängige Wissenschaft hierzulande ermögliche es, zentrale gesellschaftliche Fragen frei von staatlicher Einflussnahme zu erforschen und wissenschaftlich fundierte Impulse für eine gerechte und vielfältige Gesellschaft zu setzen.

Die **WISSENSWERTE 2024**, der Branchentreff für Wissenschaftsjournalist*innen in Deutschland, war erstmals an der Universität Heidelberg zu Gast. In der alten Aula der Ruprecht-Karls-Universität eröffnete Özden Terli die dreitägige Konferenz am 30. Oktober 2024 mit einem „Einspruch“ zum Thema „Klimajournalismus unter Druck“ (unser Foto). In so anschaulicher wie engagierter Weise machte der „Wetter vor acht“-Moderator des ZDF deutlich, wie er seine Arbeit unter wissenschaftskommunikativen Vorzeichen versteht. Als Meteorologe versuche er, Wetterbericht und -prognose auch für Fragen der Klimateilnehmer*innen zu nutzen und Ursachen des menschengemachten Klimawandels ins Gespräch zu bringen. Das trage ihm regelmäßig Anfeindungen von Klimaskeptikern und Diffamierungen von Klimaleugnern ein. Auch der mediale Wetterbericht ist längst im politischen Debattenraum angekommen. Die öffentliche und mediale Debatte zum globalen Klimawandel gehörte zu den zentralen Themen auf der politisch akzentuierten Agenda der von etwa dreihundert Teilnehmer*innen besuchten WISSENSWERTE. Zum ersten Mal seit der Premiere dieses Dialogformats im Jahr 2004 übernahm die Wissenschafts-Presskonferenz (WPK) die Rolle der Veranstalterin. Der organisatorischen Neuaufstellung war vorausgegangen, dass sich die Messe Bremen nach Veranstalterangaben aus finanziellen Gründen aus der langjährigen Kooperation zurückgezogen hatte. Am Interesse und Sensorium der Programmierer für große Themen mit politischer und gesellschaftlicher Relevanz sollte das nichts ändern. So war es über die Klimadebatte hinaus das Debattenstichwort „KI-Technologien“, das sich wie ein roter Faden durch die Tagung zog. Gleich mehrere Sessions bilanzierten Erfahrungswerte unter dem Titel „KI in den Redaktionen – was planen die Sender und Verlage“, machten Chancen, Risiken und offene Fragen im Berufsalltag sichtbar oder zeigten praxisorientiert KI-Tools für den journalistischen Alltag auf. Vordringliche Herausforderungen identifizierte die Tagung auch mit Blick auf Entwicklungen in Wissenschaft und Forschung: Das Themenspektrum reichte dabei von der „Zeitenwende für die Militärforschung“ über „Nachhaltige Chemie – wie gelingt die Transformation in Deutschland?“ bis zu „Wissenschaft im Fadenkreuz: Was die AfD in der Wissenschaft will“.

<https://wissenswerte.wpk.org>



Foto: DFG/Unterstell

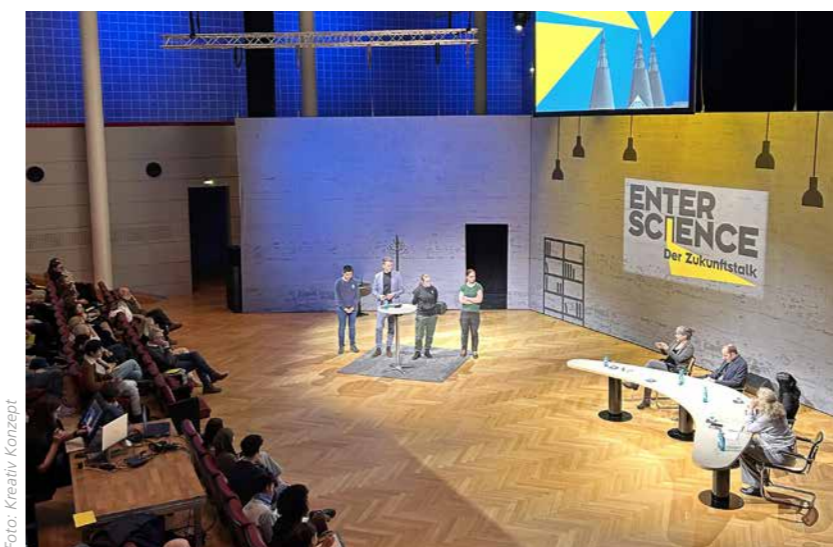


Foto: Kreativ Konzept

Künstliche Intelligenz (KI) spielt heute in vielen Lebensbereichen eine immer größere Rolle. Wie beeinflusst uns der Einsatz generativer KI-Modelle in unserem „Menschsein“? Wie schaffen wir es, angemessen mit KI umzugehen? Und wie kann die Vermittlung von KI-Kompetenz fester Bestandteil im Bildungssystem werden? Darüber diskutierten im November vergangenen Jahres die KI-Expert*innen Professorin Dr. Elisabeth André, Sabria David und Professor Dr. Vincent C. Müller mit Moderatorin Christina Sartori und dem Publikum in der Bundeskunsthalle. Auch viele Schüler*innen stellten ihre Fragen an die Expert*innen. Die Veranstaltung war Teil der Talkreihe „Enter Science“, einer Kooperation von DFG und Bundeskunsthalle.

„Wissenschaft ist der Stoff, der die Welt zusammenhält“

Über den Reiz, die intelligenten Fähigkeiten des Menschen interdisziplinär zu erforschen, die Freude am Langstreckenflug mit geschlossenen Augen sowie die Impulskraft einer am Menschen orientierten KI-Ethik – pointiert dem persönlichen Fragebogen der DFG anvertraut.

Professorin Dr. Kerstin Schill leitet seit 2003 den Lehrstuhl für Kognitive Neuroinformatik an der Universität Bremen, zugleich ist sie Rektorin des Hanse-Wissenschaftskollegs in Delmenhorst. Als Vizepräsidentin der DFG (seit 2019) ist sie unter anderem Vorsitzende des Expertengremiums Nationale Forschungsdateninfrastruktur (NFDI).



1 *Als Starter – traditionelles oder eher Bio-Frühstück?*
Ich esse morgens je nach Lust im wahrsten Sinne des Wortes alles, nur keine Marmeladenbrötchen.

2 *Was verdanken Sie Ihrem Studium bis heute?*
Die Möglichkeit, Probleme zu abstrahieren und dadurch einen weiteren Lösungszugang zu erhalten.

3 *War die Wahl Ihres Studienfachs „alternativlos“?*
Schlichtweg: Ja.

4 *Welcher Mensch hat Ihre intellektuellen Interessen besonders geprägt?*
Mein Mann. Wir führen seit 20 Jahren gemeinsam Verhaltensexperimente durch, um intelligente Fähigkeiten des Menschen wie Sehen, Hören oder Multisensorik zu verstehen, zu modellieren und auf technische Systeme zu übertragen.

5 *Wann haben Sie zum letzten Mal etwas zum ersten Mal getan?*
Im Oktober 2024, als ich das erste Mal auf einem Langstreckenflug schlafen konnte.

6 *Was können Sie nur mit Humor ertragen?*
Bürokratie!

7 *Schöne neue Medienwelt – Podcasts oder eher Netflix-Serien?*
Netflix.

8 *Wenn bei Ihnen Musik läuft, dann am wahrscheinlichsten ...*
... Jazz, Rock, Italo, „La Mer“.

9 *Das aktuelle Buch auf Ihrem Nachttisch?*
„Die Yacht. Eine Sommernovelle“ von Anna Katharina Fröhlich plus ein Islandkrimi.

10 *Welche Redewendung strapazieren Sie über?*
„Wie auch immer, wir müssen jetzt ...“

11 *Was hat Sie im letzten Halbjahr besonders inspiriert?*
Trotz aller Krisen leben Forscher*innen aus der ganzen Welt im Hanse-Wissenschaftskolleg zusammen, um voneinander zu lernen. Wissenschaft ist der Stoff, der die Welt zusammenhält.

12 *Dramatische „Zeitenwende“! – Ich wünsche mir ...*
... dass wir die Entwicklung der KI und auch die Kritik an ihr ernster nehmen. Ich sehe die Verdrängung des Menschen, auch in der Wissenschaft. Doch wollen wir gute Wissenschaft oder bleiben uns gute Wissenschaftler*innen wichtig?

Vielen Dank!

Redaktion: Rembert Unterstell

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) ist in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins die größte Forschungsförderorganisation und die zentrale Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft in Deutschland. Nach ihrer Satzung hat sie den Auftrag, „die Forschung in allen ihren Formen und Disziplinen“ zu fördern.

Mit einem jährlichen Etat von inzwischen rund 3,9 Milliarden Euro finanziert und koordiniert die DFG in ihren zahlreichen Programmen aktuell 31 750 Forschungsvorhaben einzelner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie von Forschungsverbänden an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Dabei liegt der Schwerpunkt in allen Wissenschaftsbereichen in der Grundlagenforschung.

Alle Wissenschaftler*innen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland können bei der DFG Anträge auf Förderung stellen. Die Anträge werden nach den Kriterien der wissenschaftlichen Qualität und Originalität von Gutachter*innen bewertet und den Fachkollegien vorgelegt, die für vier Jahre von den Forscher*innen in Deutschland gewählt werden.

Weitere Informationen im Internet unter www.dfg.de

Die besondere Aufmerksamkeit der DFG gilt der Förderung von Forscher*innen in frühen Karrierephasen, der Gleichstellung in der Wissenschaft sowie den wissenschaftlichen Beziehungen zum Ausland. Zudem finanziert und initiiert sie Maßnahmen zum Ausbau des wissenschaftlichen Bibliothekswesens, von Rechenzentren und zum Einsatz von Großgeräten in der Forschung. Eine weitere zentrale Aufgabe ist die Beratung von Parlamenten und Behörden in wissenschaftlichen Fragen. Zusammen mit dem Wissenschaftsrat führt die DFG auch die Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder zur Stärkung der Spitzenforschung an Hochschulen durch.

Zu den derzeit 99 Mitgliedern der DFG zählen vor allem Universitäten, außeruniversitäre Forschungsorganisationen wie die Max-Planck-Gesellschaft, die Leibniz-Gemeinschaft und die Fraunhofer-Gesellschaft, Einrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren sowie wissenschaftliche Akademien. Ihre Mittel erhält die DFG zum größten Teil von Bund und Ländern, hinzu kommt eine Zuwendung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft.

Impressum

Herausgegeben von der Deutschen Forschungsgemeinschaft e.V. (DFG); „forschung“ erscheint vierteljährlich im Selbstverlag.

Redaktionsanschrift: DFG, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kennedyallee 40, 53175 Bonn, Tel. +49 228 885-1, Fax +49 228 885-2180, E-Mail: redaktionforschung@dfg.de; Internet: www.dfg.de

Redaktion: Marco Finetti (fine; Chefredakteur, v.i.S.d.P.); Dr. Rembert Unterstell (RU; Chef vom Dienst); Svenja Ronge (SvR)
Lektorat: Anne Tucholski, Rebecca Schaarschmidt
Grundlayout: Tim Wübben/DFG; besscom, Berlin; Produktionslayout: Olaf Herling, Tim Wübben
Redaktionsassistent: Jenny Otto

Druck: Druckerei Hachenburg • PMS GmbH; gedruckt auf ENVIRO Ahead C, gestrichenes Recycling-Papier mit halbmatter Oberfläche aus 100% Altpapier, FSC Recycled.

ISSN 1522-2357



Illustration: DFG/Morphoria

Der eigenen und ebenso anderen Zielgruppen auch auf diesem Kanal den Wert einer freien, erkenntnisgeleiteten und faktenorientierten Wissenschaft zu zeigen und auch so zu einer offenen und vielfältigen Meinungsbildung beizutragen – deshalb war die DFG lange Zeit auch auf der Plattform X, vormals Twitter, aktiv. Dies war bereits nach der Übernahme von Twitter durch Elon Musk zunehmend schwieriger, mit der die Plattform zu einem immer wissenschaftsferneren Umfeld wurde. Mit den jüngsten tages- und parteipolitischen Äußerungen auf X war Mitte Januar die rote Linie dann vollends überschritten, waren sie doch auch Angriffe auf die Werte, für welche die DFG steht und für die sie sich intensiv engagiert. Die Konsequenz, von Präsidentin Katja Becker auf dem DFG-Neujahrsempfang angekündigt und umgehend umgesetzt: Die DFG legt ihren X-Account still und verlässt die Plattform – als klares Zeichen gegen die Verbreitung von Fake News und gegen die politische Instrumentalisierung von Social Media und Wissenschaft. An offener und vielfältiger Meinungsbildung in den Social Media besteht freilich weiter großes Interesse, deshalb soll künftig das Engagement auf zusätzlichen Kanälen wie Bluesky und LinkedIn verstärkt werden, immer vorausgesetzt, die Entwicklung der Plattformen und, siehe Instagram, die dahinterstehende Governance lassen dies zu.

Bluesky: <https://bsky.app/profile/dfg.de>
LinkedIn: <https://linkedin.com/company/deutsche-forschungsgemeinschaft>
Instagram: www.instagram.com/dfg_public